



Politische Berichte

Nummer 24 / 14. Jahrgang

19. November 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

4-Tage-Woche: Lohnverzicht?

Die IG Metall und das „VW-Modell“

Nach der ersten Verhandlungsminute von IG Metall und Unternehmensleitung bei VW meldet die Presse, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Arbeitszeitverkürzung ab 1994 vereinbart werden wird zur Vermeidung von Massenentlassungen. Die Frage, in welchem Umfang Löhne und Gehälter dabei gekürzt werden, sei noch offen. Gegenwärtig finden Beratungen der betrieblichen IG Metall-Gremien statt.

Durch Absatzprobleme und aufgrund gesteigerter Produktivität sieht der VW-Vorstand in den nächsten beiden Jahren 31.000 Arbeitsplätze in den inländischen Werken für überflüssig an. In Wolfsburg sollen die Produktionsarbeiter von ca. 36.000 auf ca. 21.000 verringert werden, die übrigen Geschäftsbereiche von ca. 15.000 auf ca. 13.000 Beschäftigte. In Hannover stände ein Abbau von etwa 2000 Beschäftigten, in Braunschweig von etwa 1000, in Kassel von etwa 3500, in Emden von 4500 und in Salzgitter von etwa 2600 Beschäftigten an. Insgesamt blieben von jetzt 103.000 Beschäftigten Ende 1995 noch 72.000.

Die bereits praktizierte Kurzarbeit kann nicht über 1994 hinaus ausgedehnt werden, Vorrhestandsregelungen (ab 35 Jahre) werden wegen geänderter gesetzlicher Regelungen teurer, zudem gibt es die betroffenen Altersgruppen nicht mehr in großem Umfang in den Werken, Massenentlassungen mit Sozialplanabfindung — die meist jüngere Beschäftigte treffen würden — wären kostenintensiv, 2 Mrd. DM, hört man. Der VW-Vorstand hat in dieser Lage vorgeschlagen, daß die Wochenarbeitszeit auf vier Tage bei fünf Fabriktagen verkürzt werden soll (28,8-Stundenwoche statt wie z. Zt. 36-Stundenwoche). Löhne und Gehälter sollen um 20 % gekürzt werden.

Des weiteren will der VW-Vorstand flexible Jahresarbeitszeiten für jüngere Männer und Alleinlebende einführen sowie Teilzeitarbeitsmodelle für Jüngere und Beschäftigte im Alter von 50 Jahren und darüber. „Wir haben bei VW 37 Prozent Singles, und 30.000 Beschäftigte sind unter 30 Jahre alt“, sagt der VW-Personalvorstand.

Die Resonanz auf den Vorschlag bei Betriebsräten und IG Metall ist unterschiedlich. Der Betriebsrat des han-

verschen Werkes lehnt eine Einführung ohne Lohnausgleich ab: „Untere Lohngruppen werden damit ins soziale Elend gestürzt“. Montagearbeiter in den unteren Lohngruppen verdienten monatlich etwa 3500,- DM brutto. Bei einer Kürzung um 20 % wären das dann 2800,- DM. „Alleinverdiener mit Familie können damit sofort zum Sozialamt gehen“, so der Betriebsrat weiter. Andererseits findet man durchaus Stimmen, die auch eine Lohnreduzierung zur Vermeidung von Entlassungen akzeptieren würden. Bei einem — laut Presse — Durchschnittsverdienst bei VW in Höhe von 5200,- DM läge eine 20prozentige Kürzung mit 4160,- DM immer noch um 112,- DM über dem höchsten Arbeiterlohn des Metall-Flächentarifvertrages in Niedersachsen. Es wird sich höchstwahrscheinlich also eine soziale Basis finden im Unternehmen, die Lohnkürzungen hinnehmen bereit ist. Der Solidaritätsfaktor wäre, da vermutlich eine Zeitbegrenzung getroffen wird, ähnlich wie bei der Einführung von Kurzarbeit. Diesem Gedanken entspricht ja auch die Forderung, daß die Bundesanstalt für Arbeit die reduzierte Arbeitszeit beabschussen solle.

IG Metall-Vorstandsmitglied Riester spricht sich gegen proportionale Entgeltkürzungen aus: „Solche Arbeitszeit-schnitte sind ohne Lohnausgleich nicht möglich“. Der VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Volkert hält eine Staffelung oder einen Stufenplan für denkbar. Es müsse eine Regelung für alle Beschäftigten geben. BDA-Präsident Muhrmann sagt, daß unrentable Arbeitsplätze nicht durch Umverteilung der Arbeitszeit dauerhaft erhalten werden können. DIHT-Präsident Stihl hält die „4-Tage-Woche“ nicht für die Lösung gesamtwirtschaftlicher Probleme.

Die Möglichkeit einer VW-Modell-Regelung basiert auf spezifischen Voraussetzungen. Die Landesregierung ist Anteilseigner am Konzern. Massenentlassungen angesichts der Landtagswahlen 1994 in Niedersachsen würden zum politischen Generalthema. Bei VW gibt es einen Haustarif. Auf Zulieferer und deren Umsetzungsprobleme (z.B. geringeres Lohnniveau) muß keine Rücksicht

Fortsetzung Seite 2 oben



Lice klagt an!



Bilder aus der kurdischen Stadt Lice, in der das türkische Militär Ende Oktober mindestens 33 Menschen ermordete, zahlreiche Häuser niederrubberte und bombardierte. Welt über hundert Menschen werden noch vermisst. Wegen Aktionen aus der kurdischen Bevölkerung in der BRD gegen türkische Einrichtungen, die auf das Massaker in Lice folgten, wollen Regierungsparteien und SPD jetzt kurdische Einrichtungen in der BRD verbieten. Berichte auf Seite 2 und 4.

Bilder: Roland Röder

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Für Dezember wird die Entscheidung der EG-Kartellbehörde in Brüssel über die von BASF, Treuhand und Bundesregierung betriebene Fusion der beiden deutschen Kali-AGs erwartet. Die Politischen Berichte sprachen mit dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden des Kaliwerks von Bischofferode, Gerhard Jüttemann.

■ Die Wirtschaftspresse berichtet, daß die EG-Kartellbehörden die Fusionspläne der BASF vermutlich ablehnen werden. Habt ihr dazu nähere Informationen?

In einer Unterrichtung zum Arbeitsstand der Fusionsprüfung stellte die zuständige EG-Kommission Mitte Oktober fest, daß im Falle des Zusammenschlusses der beiden deutschen Kali-AGs Wettbewerb auf den Kali-Märkten in Deutschland faktisch nicht mehr stattfindet und europaweit über alle Maßen eingeschränkt werden würde. Brüssel hält es für möglich, daß die ostdeutschen Kaliwerke, könnten sie die von der Treuhandanstalt dem zukünftigen Gemeinschaftsunternehmen zugeschobenen Steuergelder von mehr als einer Milliarde DM für sich in Anspruch nehmen,

Stoppt Brüssel Fusion?

Interview mit Gerhard Jüttemann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von Bischofferode

men, für sich allein konkurrenzfähig blieben. Allerdings ist damit noch keine Gewähr gegeben, daß Brüssel gegen die Fusion entscheidet. Uns geht es auch nicht um die Verhinderung der Fusion schlechthin, sondern um Abwendung der Schließung unseres Werkes, die von Kali & Salz (BASF) und Treuhand zur Bedingung des Zusammenschlusses hochstilisiert wurde. Gewollt oder ungewollt hat die EG-Kommission eine große Zahl der Argumente für die Verhinderung unserer Arbeitsplätze entkräftet und sich über weite Strecken unseren Auffassungen angeschlossen.

■ Welche Folgen hätte eine solche Ablehnung der Fusion für euren Kampf und für den weiteren Betrieb in Bischofferode?

Genehmigung oder Ablehnung der Fu-

sion haben nur mittelbaren Einfluß auf den Weiterbetrieb des Kali-Werkes Bischofferode. Bekannt sind die Vorankündigungen von Kali & Salz und Treuhand, Bischofferode in jedem Fall zu schließen. Allerdings wäre deren Argumentation im Falle eines Fusionsverbots auf rein betriebswirtschaftliche Erwägungen reduziert, die wir ebenfalls glauben widerlegen zu können. Der Argumentationsstrang hinsichtlich einer notwendigen Kapazitätsverringerung angesichts übersättigter Märkte wäre für sie verloren und als Täuschungsversuch der BASF enttarnt. Die Belegschaft ist sich der Notwendigkeit bewußt, in jedem Falle selbst um die Arbeitsplatzsicherung kämpfen zu müssen.

■ Wenn Bischofferode nicht durch die BASF

dichtgemacht werden kann — welche Pläne habt ihr dann?

Leider könnte Bischofferode auch bei Ablehnung der Fusion „dicht gemacht“ werden. Diese Entscheidung obliegt formell der Treuhand.

Bei einem Fusionsverbot aus Brüssel dürfte es ihr jedoch angesichts vorliegender, tragfähiger Konzepte zur Weiterführung der Kali-Produktion in Bischofferode sehr schwerfallen, der Öffentlichkeit darzustellen, daß eine Schließung des Werkes zwingend notwendig sei. Derzeit gibt es auch ein Angebot des öffentlich bereits mehrfach genannten mittelständischen Unternehmers Johannes Peine zu einer Einzelprivatisierung des Werkes in Bischofferode. Auf Seiten der Belegschaft und des Betriebsrates gibt es natürlich auch Überlegungen, wie eine Weiterführung der Produktion und damit die Sicherung der Arbeitsplätze unabhängig von jedweden Privatisierungsentscheidungen der Treuhandanstalt sichergestellt werden kann. Darüber wünschen wir zum jetzigen Zeitpunkt jedoch keine öffentliche Diskussion.

(Das Interview führte R. Lötzter am 13. II.)

VW-Modell . . .

Fortsetzung von Seite 1:
genommen werden. Die bei Opel und Mercedes erfolgten Kürzungen betrieblicher Lohnbestandteile sind bei VW weitgehend durch Tarifschutz nicht passiert. Im Branchenvergleich gibt es also noch „Verhandlungsmasse“. Nicht zuletzt verschaffen diese Bedingungen der IG Metall und den Betriebsräten erhebliche Durchsetzungsfähigkeit.

„Für VW, aber auch nur für VW mit seinem Haustarif, macht . . . die Vier-Tage-Woche vielleicht einen Sinn“, kommentiert Hans Mundorf im *Handelsblatt*. Nichtsdestotrotz wirkt die losgetretene Debatte in vielfältiger Hinsicht auf die Tarifbewegung und die sozialen Auseinandersetzungen. Der Gedanke, aufgrund der Krise zu „verzichten“, bekommt einen praktischen Anhaltspunkt. Die Forderungsaufstellung zur Lohnbewegung wird gedeckelt. Ein (Tarif-) Niedriglohnsektor in den Kernbetrieben und -belegschaften der Industrie wird installiert. Die Diskussion um den Zweiten Arbeits- oder Lohnmarkt erhält einen praktischen Bezugspunkt. Die Arbeitszeitflexibilisierung, kombiniert mit den verschiedenen Lebenslagen der Beschäftigten, durchbricht bisherige Standards und atomisiert gewerkschaftlich handlungsfähige Belegschaften in „Betroffenengruppen“. Und zudem ist es höchst unwahrscheinlich, daß im Endeffekt die Arbeitsplatzverluste vermeidbar wären. Der Druck des Kapitallagers für die Beseitigung von Sozialansprüchen wird wachsen.

Andererseits sind die Entlassungsdrohungen real. Die Regierungspolitik hat die Leistungen der Arbeitslosenversicherung so gestaltet, daß ihre Inanspruchnahme auch existenzbedrohend wirkt. Arbeitsdienst ist in Vorbereitung. Die Lohnsumme einer Belegschaft (der Lohnabhängigen) würde also auch bei Personalabbau erheblich fallen. Zwischen den unannehbaren Alternativen — kein Lohnverzicht und Entlassungen oder Lohnverzicht ohne (zunächst) Entlassungen — hin und her pendeln werden die Gewerkschaften zerrieben.

Die Orientierung der Gewerkschaften muß einen Ausweg aus dem Dilemma weisen, möglichst auch hinsichtlich des Wirtschaftens. Ein Unterstützungsprogramm für „nicht-profitwirtschaftliche Selbsthilfe-Aktivitäten“ verlangt der Europäische Gewerkschaftsbund.

Das Dividieren der Belegschaften in „Lebenslagen“ durch die Unternehmen schwächt die Gewerkschaften. Tarifregelungen, die in sozial erträglichem Rahmen, kollektiv abgesichert, Wahlmöglichkeiten etwa bezüglich der Arbeitszeit zuließen, könnten entgegenwirken. Auch Barrieren gegen die steigende Arbeitsintensität (Erholpausen, Bandtempo) wären mobilisierend.

Der drohende Fall in die Verelendung wird selbst für gutverdienende Beschäftigte zur tatsächlichen Gefährdung. Eine solidarische Lohn- und Gehaltspolitik, die nach unten Mindestmarken setzt und politische Bestrebungen, menschenwürdiges Leben in allen Wechselfällen des Geschäftsgangs zu ermöglichen, könnten wieder breitere Zustimmung erfahren. — (gka)

CDU, CSU, SPD, FDP, Außenminister, Innenminister, Bundesminister, Länderminister, jetzige und künftige Kanzler, die ganze politische Welt der BRD (ausgenommen die Grünen und die PDS) spricht für Verbotsmaßnahmen gegen Einrichtungen der kurdischen Bevölkerungsgruppe in der BRD. Anlaß dafür boten Aktionen aus dieser Bevölkerungsgruppe heraus gegen Institutionen von türkischer Staat und Kapital in der BRD, Aktionen, von denen einige schwer entgleisten.

Würden die oben umrissenen Politikkreise einen Rechtstaat repräsentieren wollen, so hätten sie in ihren Stellungnahmen sorgfältig trennen müssen zwischen den gesetzlich zulässigen, ja verbürgten Aktionsformen und den strafrechtlich sanktionierten. Dies wäre wirklich leicht gewesen und hätte sich auf die Stellungnahmen der kurdischen Seite beziehen können. Keine kurdische Organisation hat zu Gewalttaten gegen türkische Einrichtungen — ganz zu schweigen gegen die türkische Bevölkerungsgruppe — in der BRD aufgerufen. Zu Protestaktionen, die in so eine Richtung entgleist sind, äußert sich zum Beispiel die PKK in ihren Stellungnahmen nicht recht fertig und politisch begründend, sondern wie ein Verteidiger, dem es obliegt, die Motive und Hintergründe einer Tat der Öffentlichkeit darzulegen.

Die herrschende BRD-Politik, so muß man schließen, will gar nicht differenzieren. In den strafbaren Aktionen aus der kurdischen Bevölkerung sieht sie die Möglichkeit, die ganze Bevölkerungsgruppe um wesentliche politische Rechte zu bringen. Es geht diesen Sicherheitspolitikern nicht um die öffentliche Ordnung in der BRD und die Verhinderung von Gewalt. Indem sie versuchen, eine ganze Bevölkerungsgruppe büßen zu lassen, kalkulieren, ja provozieren sie explosive, unberechenbare Vorfälle.

Worum geht es der herrschenden Politik dann? Um eine öffentliche Stimmung

gegen die Kurden, für die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Türkischen Republik, und das heißt: des Völkermords an den Kurden.

Mit der Türkischen Republik ist es in Kurdistan vorbei. Dieser Staat führt einen grausamen Krieg gegen das kurdische Volk, weil er zu einer friedlichen Entwicklung Kurdistans nichts beizutragen hat. Die Repräsentanten des türkischen Staates weisen alle Bemühungen für Waffenstillstand und eine politische Lösung des Konfliktes brüsk ab, weil Beamte, Armee und Wirtschaft der Türkischen Republik in Kurdistan ganz und gar auf Unterdrückung und Ausbeutung ausgerichtet sind. In einem entkolonisierten, demokratischen, sich sozial entwickelnden Kurdistan hätten sie keine

fentlichen Meinung in der BRD in Sachen kurdische Unabhängigkeit ist für die Türkische Republik deswegen sehr wichtig. Dieser Staat muß es fertig bringen, die von ihm exilierte kurdische Bevölkerung auch noch im Ausland bloß wegen ihrer Nationalität weiter zu verfolgen. Als Fürsprecher der kurdischen Sache und Ankläger seines Treibens sieht er sie als Existenzgefahr.

Es läßt auf die Kraft der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung schließen, daß sich auch die kurdische Exilbevölkerung, buchstäblich aus dem politischen und kulturellen Nichts heraus, binnen weniger Jahre eine politische, soziale und kulturelle Infrastruktur aufgebaut hat. In der BRD gibt es heute in den alten Ländern fast in jeder größeren

Beziehungen von Menschen zu einer kritischen Urteil fähig.

Vorreiter der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung weisen immer wieder darauf hin, wie schwer es für ein kolonisiertes Volk ist, aus dem Schmutz, in dem es getreten wurde, herauszukommen. Der Emanzipationsprozeß, der dem Kampf um Unabhängigkeit verbunden ist, wälzt die ganze Lebensweise um. Der individualisierte Existenzkampf, in dem jede Art von Gewissen lebensgefährlicher Luxus wäre, wird dabei abgelöst durch die demokratische Bildung einer politischen Gemeinde. Für eine solche Änderung im Leben stehen in der kurdischen Exilgesellschaft die Vereine, die es in so vielen Städten der BRD gibt und die mit den bescheidensten Mitteln freier Begegnung, demokratischer Diskussion, politischer Bildung und sozialer Verantwortung Bahn brechen.

Mit den pauschal begründeten Maßnahmen gegen diese Vereine — etliche zwanzig wurden in den letzten Wochen gehaust —, ihre Arbeitsmittel wurden beschlagnahmt und sie selbst stehen unter Verbotsdrohung — läßt sich die BRD auf die Verfolgung einer nationalen Minderheit ein.

Als am 7. November 1938 Herschel Grynszpan den deutschen Botschaftssekretär Erich vom Rath in Paris gezielt erschoß, ging Nazi-Deutschland unter diesem Vorwand gegen jüdische Einrichtungen vor. Die Reichspogromnacht wurde organisiert. Das jüdische Leben im Deutschen Reich wurde angegriffen, juristisch unterbunden und dann physisch vernichtet.

Beamte und Politiker, die wissen, daß die kurdischen Vereine in der BRD sich in keiner Weise mit der Organisierung von Anschlägen abgeben (und in ihren Unterlagen steht nichts anderes), und die trotzdem versuchen, diese Einrichtungen abzuwürgen, müssen aufgehalten werden, bevor sie noch mehr Unheil anrichten. — (maf)

Wer ist der Terrorist?

Keine Kurdenverfolgung in der BRD!

Funktion mehr. Die soziale Unfähigkeit der Institutionen der Türkischen Republik treibt sie zur politischen Untat. Was sie nicht mehr beherrschen können, bedrohen sie mit Ausrottung. Das reißt im Gegenzug ein ganzes Volk in die Politik hinein und läßt ihm gar keine andere Wahl als Revolution. An die Hunderttausend nahmen in diesem Jahr an dem kurdischen Unabhängigkeitsfest in Frankfurt teil, das ist etwa ein Viertel der im Einzugsbereich lebenden kurdischen Bevölkerung. Die Kolonialpolitik der TR beruht nur noch auf nackter Gewalt.

Der Krieg gegen Kurdistan ist für die Türkei allein bereits zu aufwendig geworden. Schon ein Verlust der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe durch die BRD würde sie zum Umdenken zwingen. Die Entwicklung der öf-

Stadt ein Geflecht kurdischer Vereine, von Kultur- und Bildungsarbeit, von sozialer Fürsorge und Versorgung mit Nachrichten aus Kurdistan. Eine vielfältige Literatur ist entstanden und wird verbreitet. Als demokratische Bewegung gibt sich die kurdische Unabhängigkeitsbewegung die größte Mühe, auch die deutsche Bevölkerung über Entwicklungen in Kurdistan zu unterrichten. Das hat zu vielen politischen Verbindungen, zu einem Gegengewicht zur einseitigen, ganz im Sinne der Türkischen Republik vorverarbeiteten Informationslage in der BRD geführt. Die öffentliche Meinung über die Kurdenpolitik der Türkischen Republik ist nicht mehr durch Staatsmacht und Kapitalkraft großer Medien beliebig manipulierbar, sondern durch demokratische

Der bayerische Ministerpräsident Stoiber hat in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* am 2. November einen heftigen Streit in den Unionsparteien über die künftige Europastrategie dieser Parteien ausgelöst. Stoiber wörtlich: „Ich will . . . den Integrationsprozeß verlangsamen . . .“ Er sei gegen das Ziel eines europäischen Bundesstaates, denn dieser würde bedeuten, „daß die Staatlichkeit Deutschlands oder Frankreichs überwölbt und ausgehöhlt würde durch eine europäische Staatlichkeit. Das ist der Weg, den die Deutschen in den fünfziger, auch noch in den sechziger Jahren gehen wollten . . . Mit der deutschen Wiedervereinigung haben wir nun eine andere Situation — und wir müssen uns bewußt werden, was die deutsche Identität eigentlich ist . . . Ich sage noch einmal: Es gab einmal eine europäische Bewegung in Deutschland, die unter anderem auch glaubte, in der europäischen Identität belastete deutsche Identität auffangen zu können. Das ist vorbei.“ Er sei stattdessen für einen europäischen Staatenbund mit umgrenzten Aufgaben, aus dem die BRD „im Ex-

tremfall“ auch austreten könne. Und auf die mehr rhetorische Frage der *Süddeutschen Zeitung*, dies sei ein „historischer Bruch in der Tradition der Union seit Konrad Adenauer“: „Das ist richtig. Diesen Bruch vollzieht die Union jetzt insgesamt.“ Statt die EG weiter zu festigen, solle die BRD sich lieber stärker auf

schwerpunktverlagerung in der Europastrategie und Europapolitik des deutschen Imperialismus — weg von einer *Europapolitik*, die vornehmlich auf den Konsens und die Zusammenarbeit mit den anderen imperialistischen Mächten in Westeuropa setzte, um so den Warschauer Pakt und den RGW niederzurütteln und die DDR zu vernichten, hin zu einer *Europapolitik*, die nach erfolgreichem Abschluß dieser Bemühungen als nächstes auf rasche Ostexpansion und Kampf um die Hegemonie in Europa setzt.

Mit einer solchen Verlagerung in der Europastrategie steigt auch die Bedeutung faschistischer Parteien für die deutschen Konzerne — als völkisch-deutsche Hetzorganisationen nach innen und außen, als Verfechter einer Re-Kolonialisierung des Ostens durch deutsches Kapital. Stoibers Schwenk untergräßt deshalb weder die Position der „Republikaner“ noch die der DVU. Im Gegenteil: Er wird diesen bei den Europawahlen weitere Wähler zutreiben. — (rül)

Stoiber zündelt

Die Union streitet über die Europapolitik

Ostgeschäfte und Ostpolitik konzentrieren.

Die Position Stoibers ist von anderen Sprechern der Union scharf kritisiert worden, Ex-Generalsekretär Geissler sprach von „Hochverrat“. Auch der Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, einer der frühesten Verfechter einer westli-

papolitik fest, es gelte nun, die Maastrichter Verträge mit Leben zu füllen, die Zusammenarbeit bei der Inneren Sicherheit und der Militär- und Außenpolitik der EG müsse vorangetrieben, die Haushalt- und Währungspolitik enger koordiniert werden.

Tatsächlich ist das Interview Stoibers das bislang deutlichste Signal für eine

(Siehe auch unsere Berichte auf Seite 10/11)

Armut zu fördern: Dem politischen Wortbruch folgt der soziale Einbruch, der das Gesicht unserer Gesellschaft verändert, Not und Elend in unverantwortlicher Weise verschärft wird“. kritisierte sie die „Spargesetze“ der Regierung. Etwa 400 000 Personen würden im nächsten Jahr durch diese Gesetze zusätzlich in die Sozialhilfe gedrängt.

Steuerreform nach den Wahlen?

Bundesfinanzminister Waigel hat eine „Expertenkommission“ berufen, die für die Zeit nach den nächsten Bundestagswahlen eine weitere „Steuerreform“ vorbereiten soll. Bereits Ende 1994, also unmittelbar nach den Wahlen, soll die Kommission ihre Vorschläge vorlegen. Ihr Auftrag: Vorschläge für eine Neufestlegung des steuerfreien Existenzminimums vorzulegen, für eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes und eine Verringerung der direkten Steuern — also eine weitere Anhebung der Mehrwertsteuer.

Was kommt demnächst?

Am 19. II. endet der SPD-Bundesparteitag zur Vorbereitung der Wahlkampf 1994 in Wiesbaden. Am 22. II. kehrt Bundeskanzler Kohl von seiner Charte-Reise zurück. Am 5. Dezember sind Kommunalwahlen in Brandenburg. Am 10. und 11. Dezember findet der nächste EG-Gipfel in Brüssel statt.

Aktuell in Bonn

Post (I)

Ähnlich wie bei der BahnDeform benötigt die Bonner Koalition für die Zerschlagung der Post und die hierbei erforderliche Grundgesetzänderung die Stimmen der SPD. Nachdem bereits im Sommer 1993 ein mühsam ausgehandelter „Kompromiß“ geplatzt war (das Postministerium unter Bötsch, CSU, ließ Schubladengesetze vorbereiten, um nach der Verfassungsänderung doch noch alle CDU-CSU-FDP-Ziele durchzusetzen), liegt seit Oktober ein neuer Kompromiß vor, den der offizielle SPD-Verhandlungsführer Bernrath mitträgt. Postgewerkschaft (DPG) und der SPD-Postexperte Paterna bleiben allerdings bei ihrem Nein. Zwei ihrer Kritikpunkte: Die Reform sieht keinerlei Infrastrukturauftrag des Bundes vor; die noch vorgesehene öffentlich-rechtliche Holding, die Postbank, Postdienst und Telekom umklammern soll, ist ein Papierkrieg ohne Kompetenzen.

Post (II)

Wie bestellt zur Debatte um den SPD-CDU/CSU-FDP-Kompromiß zur Postprivatisierung präsentierte Telekom Mitte November ein absehbares Ergebnis.

nis dieser Umstrukturierungen: Dieser lukrativste Teil der Post würde, so Telekom-Vorstandmitglied Joachim Kröcke, von Jahr zu Jahr röttere Zahlen schreiben. Im Jahr 2000 sei dann mit einem Jahresverlust von 5,5 Milliarden Mark zu rechnen, wenn Bonn nicht 30 Milliarden Mark Eigenkapital bei der dann unabhängigen Telekom AG zuschieße. Im übrigen reiche der vorgesehene Personalabbau von 32 500 bis 2000 nicht aus.

Haushaltsumdeckung

Mitte November mußte Waigel an zwei Fronten neue Einbrüche in der Haushaltsumplanung eingestehen. Nach der neuesten Steuerschätzung wird 1993 2,7 Milliarden und 1994 9,3 Milliarden weniger als bisher unterstellt an Steuern eingenommen. Gleichzeitig ist die Unterdeckung bei der Bundesanstalt für Arbeit und der erforderliche Zuschuß aus Bonn um 7 bis 8 Milliarden Mark größer als erwartet. Der Etatentwurf für 1994, der am 14. II. vorgelegt wurde, sieht eine Neuverschuldung des Bundes in 1994 von 69 Milliarden Mark vor. Nicht eingeschlossen sind darin die explodierenden „Schuldenparkplätze“ wie Treuhand und Bahnen. Spätestens nach Vorlage des Sachverständigengutachtens, das 1994 mit vier Millionen Erwerbslosen 300 000 mehr, als im Haushalt unterstellt, vorsieht, ist auch

dieser neue Etatentwurf bereits wieder Makulatur geworden.

Haushaltssperre und Steuersenkung

Das Datum macht Sinn: Am 11. II. beschloß die Bundestagsmehrheit den Gesetzentwurf „zur Bekämpfung des Mißbrauchs und zur Bereinigung des Steuerrechts“. U.a. wird damit eine Senkung der Kfz-Steuer für Lkw auf bis zur Hälfte beschlossen. Dies muß den Straßengüterverkehr massiv steigern. Nach internen Berechnungen der Bundesbahn wird dies den Bahnen zusätzliche jährliche Verluste von 500 Millionen Mark bescherten. Gleichzeitig wurde die Anhebung der Kilometerpauschale um 10 Pfennige auf 0,75 DM beschlossen, was den Pkw-Verkehr beschleunigen muß. Umweltverbände fordern seit langem eine Entfernungspauschale.

Partei finanzen: 1,30 pro Wähler

In letzter Lesung hat der Bundestag am vergangenen Freitag ein neues Parteiengesetz verabschiedet. Regierungsparteien und SPD entschieden: Statt der bisher 5,00 DM je Wahlberechtigten, verteilt auf die Parteien nach Stimmenergebnis, erhalten die Parteien künftig 1,30 DM je tatsächlich erhaltener Wählerstimme — bei den ersten fünf Millionen Stimmen. Für darüber hinaus erhaltene Stimmen gäbe dann jeweils 1,00 DM je Stimme. Pro Spenden-Mark von natürlichen Per-

sonen gibt es weitere 0,50 DM staatlichen Zuschuß. Damit sollen Firmenspenden weniger wichtig werden. Die jährlichen Gesamtzahlungen an die Parteien sollen sich nach dem neuen Gesetz auf jährlich 230 Millionen DM belaufen.

Schmiergelder bleiben steuerfrei

Wenn bundesdeutsche Firmen zum Abschluß von Auslandsgeschäften Schmiergelder zahlen, dann können sie diese Schmiergelder in der BRD legal von der Steuer absetzen. So sieht es das deutsche Steuerrecht vor. Am 10. November rafften sich die SPD-Vertreter im Entwicklungshilfeausschuß auf und beantragten die Aufhebung dieser Bestimmung. Der Antrag wurde abgelehnt. CDU und CSU stimmten dagegen, die FDP-Vertreter enthielten sich der Stimme. (Quelle: *Handelsblatt*, 11. II. 93)

Jeder 10. braucht Sozialhilfe

Am 12. II. legten der DGB und der Paritätische Wohlfahrtsverband einen Zwischenbericht zu ihrem „Arbeitsbericht“ vor. Danach gehen beide Verbände davon aus, daß inzwischen jede zehnte Person in der BRD Anspruch auf Sozialhilfe hat. Jede 20. Person bezahlt schon jetzt Sozialhilfe, noch einmal so wie hätten darauf Anspruch. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefes warf der Regierung vor, Arbeitslosigkeit und

Man schlachtet die Armen, um die Reichen zu mästen



Von Daniel Kreutz (MdL)

Bild: af/mz

Die Bundesrepublik befindet sich mitten in einer kalten Systemveränderung: Das Asylrecht ist abgeschafft, das Umweltrecht wird auf den Stand der 60er zurückkatapultiert, BürgerInnenrechte werden demontiert („Großer Lauschangriff“), von deutschem Boden soll wieder der Krieg ausgehen dürfen (out-of-area) und – der Sozialstaat hat ausgedient. Der traditionelle Begriff „Sozialabbau“ ist längst keine zureichende Charakterisierung der tatsächlichen Entwicklung mehr. Seit den späten 80er Jahren, in dramatisch gesteigertem Tempo aber seit dem Beitritt der ex-DDR, geht es nicht mehr um „weniger“ soziale Sicherheit, sondern um ob und in wieweit überhaupt.

Die sozialstaatliche Verfaßtheit der westdeutschen Nachkriegsrepublik selbst steht zur Disposition.

Ursächlich dafür scheint mir, daß drei wesentliche Gründe für die sozialstaatlichen Prämissen des Wiederaufbaus der BRD nach 1945 für die Machthaber in Wirtschaft und Politik mittlerweile „entfallen“ sind:

– Wegen der Miterantwortung des Kapitals und der tiefen sozialen Spaltung für die Katastrophe von 1933 gab es eine tiefgreifende Legitimationskrise des Kapitalismus. Dessen Wiederaufbau konnte nur auf der Basis eines gesellschaftlichen Konsenses erfolgen, daß „Marktwirtschaft“ künftig sozialstaatlich „gezügelt“ werde, um demokratiegefährdende soziale Krisen zu verhindern.

– Die Rolle der BRD als „Frontstaat“ im Ost-West-Konflikt erforderte eine innere Stabilisierung durch präventive Befriedung sozialer Konflikte. Sozialstaatlicher Interessenausgleich sollte zugespitzte soziale Kämpfe möglichst abwenden und den Gegensatz von Kapital und Arbeit in institutionalisierten Regularien der Konfliktbewältigung (sozialpartnerschaftliche Tarifautonomie) dämpfen.

– Die ökonomische Basis des herkömmlichen Sozialstaatsmodells lag in den großen Wachstumsraten des Nachkriegsbooms, aus deren „Kümeln“ soziale Infrastrukturen finanziert wurden, ohne zugespitzte verteilungspolitische Konflikte mit den Besitzenden und den Arbeitgebern riskieren zu müssen.

Krise des Sozialstaats

Sinkende Wachstumsraten bei gleichzeitig wachsenden Anforderungen an die Systeme sozialer Sicherheit brachten ab Mitte der 70er Jahre das traditionelle Sozialstaatssystem in die Krise.

Damals – unter der SPD-geführten Helmut-Schmidt-Regierung – wurde der Rostift als Hauptinstrument der Sozialpolitik entdeckt, während zugleich ein dynamisches Wachstum der Geldvermögen privater Haushalte mit einem dreistelligen Milliardenvolumen pro Jahr einsetzte.

Die Umverteilung von unten nach oben wurde in der Kohl-Ära systematisch vorangetrieben. Während der Lohnsteueranteil an den Staatseinnahmen stetig stieg, sank die Steuerbelastung für Unternehmer mit eigener Rechtspersönlichkeit um ein Drittel. Die bereinigte Lohnquote (Anteil Löhne/Gehälter am Volkseinkommen) erreichte 1990 den tiefsten Stand seit Bestehen der BRD mit Ausnahme des Jahres 1960, während die Nettokapitalrendite sich den „idyllischen“ Verhältnissen der 60er Jahre annäherte.

Zwischen 1982 und 1990 sank die Sozialquote (Anteil aller Sozialausgaben am Bruttonsozialprodukt/BSP) um rund 4 %. Wäre die Quote von 1982 gehalten worden, hätten 1990 ca. 95 Mrd. mehr für Soziales ausgegeben werden müssen.

Öffentliche „Armut“ und privater Reichtum

Gerechtfertigt wurde und wird die soziale Demontage mit dem „Sachzwang“ der leeren öffentlichen Kassen. Ursache schrumpfender Finanzierungsspielräume öffentlicher Haushalte ist indes die politisch geförderte Akkumulation privaten Reichtums, der der Deckung elementarer gesellschaftlicher Bedarfslagen entzogen wird.

Die Geldvermögensbildung der westdeutschen Produktionsunternehmen wuchs in den 80er Jahren doppelt so schnell wie die Bruttoinvestitionen. 1991 verfügten die Produktionsunternehmen über Geldvermögen von 1700 Mrd. (1,7 Billionen). Der Anteil an flüssigen, sofort mobilisierbaren Unternehmensmitteln wuchs zwischen 1990 und 1992 weiter von 670 auf 800 Mrd. DM.

Die Geldvermögen der privaten Haushalte erreichten 1991 ein Volumen von 3400 Mrd. DM (3,4 Bio. DM). Nur 2 % davon entfallen auf die untere Hälfte der Haushalte, während die oberen 10 % über die Hälfte, das eine Prozent an der Spitze über 14 % des Vermögens verfügen. Die gleiche Verteilungspolitische Schieflage zeigt sich in der Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen: Das obere Drittel verfügt allein über 57 %, hat also mehr als die unteren zwei Drittel zusammen. Die Zahl der Haushalte mit einem verfügbaren Monatseinkommen von über 25000 DM wuchs zwischen 1983 und 1990 um 409 %; allein zwischen 1986 und 1989 stieg die erfaßbare Zahl der Millionäre in NRW um über 4000.

Mit dem neuen Kahlschlagpaket („Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm“/SKWP) will die Bundesregierung in den zentralen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bereichen 25 Mrd. DM jährlich einsparen. Dies entspricht gerade mal 10 % des jährlichen Wachstums der Geldvermögen privater Haushalte. Der gesellschaftliche Sinn der Verteilungspolitik der Bundesregierung kann auf die Formel zugespielt werden: „Man schlachtet die Armen, um die Reichen zu mästen.“

Die Zerstörung des Sozialstaats marschiert

Seit den späten 80ern sind die sozialpolitischen „Reformen“ von grundlegenden Strukturbrüchen im System sozialer Sicherheit gekennzeichnet. Beispiele:

Sozialhilfe: Der qualitative Unterschied des BSHG gegenüber der vormaligen „Armenfürsorge“ bestand im Anspruch (die Wirklichkeit sah anders aus), über ein krisenfestes Existenzminimum und das Bedarfsdeckungsprinzip ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Schon mit der Einführung des 1989 beschlossenen Statistikmodells trat das Abstandsgebot zu den unteren Erwerbsinkommen gegenüber dem Bedarfsdeckungsprinzip in den Vorder-

grund. Die „Solidarpakt“- und die SKWP-Novelle des BSHG unterwirft das sozialhilferechtliche Existenzminimum vollends der sparpolitischen Willkür.

Da dieses nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts das steuerfreie Existenzminimum definiert, zieht ein sinkendes Sozialhilfeneiveau eine höhere Besteuerung der unteren Löhne und Gehälter und damit sinkende Realeinkommen der ArbeitnehmerInnen nach sich. Um das Lohnabstandsgebot zu sichern, muß dann die Sozialhilfe erneut gesenkt werden – usw.

Zugleich werden die repressiven, „armenpolizeilichen“ Aspekte des BSHG ausgebaut. Was probeweise mit „Zählern und Kontrollappellen“ an Asylsuchenden im Rahmen der rassistischen Inszenierung eines angeblichen „Leistungsmißbrauchs“ vorerklärt wurde, ist seit der „Solidarpakt“-Novelle Teil des Verwaltungsverfahrens bei Sozialhilfeberechtigten. Wer arm ist, ist „gläserne BürgerIn“. Die Bekämpfung der Armut wurde umfassend ersetzt durch die Bekämpfung der Armen. Auch die für Flüchtlinge mit dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeführte Zwangsarbeit soll verstärkt für Sozialhilfeberechtigte realisiert werden. Sollte sich die Bundesregierung mit dem Vorhaben durchsetzen, die Heranziehung erwerbsfähiger Sozialhilfeberechtigter zu „gemeinnütziger“ Zwangsarbeit als Muß-Bestimmung ins Gesetz zu schreiben, käme dies der Wiedereinführung des Reichsarbeitsdienstes gleich.

Arbeitsmarktpolitik: Mit der 10. Novelle des AFG, dem ABM-Stopp und den „Meldekontrollen“ bei den Arbeitsämtern („Solidarpakt“) wurde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ersetzt durch die Bekämpfung der Arbeitslosen. Mit der SKWP-Novelle des AFG droht jetzt die massenhafte Enteignung erworbener Versicherungsansprüche zugunsten der Wiederherstellung jener Mechanismen sozialer Deklassierung und Ausgrenzung, die den Nazis im späten Weimar den Boden bereitet haben. Das Risiko der Erwerbslosigkeit wird zum Risiko des automatischen Absinkens in die neue „Armenfürsorge“.

Pflege: Die Pläne für eine Pflegeversicherung – gleich ob SPD oder CDU – zielen im Kern auf die Überwälzung der Kosten für die seit 20 Jahren beklagte Pflegemisere (7-8 Mrd. DM jährlich) von den öffentlichen Haushalten auf die Versichertengemeinschaft, während sich am Mangel ambulanter und teilstationärer Angebote, Ausnutzung unbezahlter Pflegearbeit von Frauen, Abschiebung in „Satt-und-sauber-Pflegekläne“ und pflegebedingter Sozialhilfeabhängigkeit grundsätzlich nichts ändert. Zugleich sollen die unzureichenden Pflegeleistungen nach dem BSHG an den noch schlechteren Leistungskatalog der Pflegeversicherung angepaßt werden. Durch die Kompensation der Arbeitgeberbeiträge (Feiertagslohnraubgesetz) wird die Pflegeversicherung zum ersten Sozialversicherungszweig, dessen Finanzierung einseitig den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet wird.

Durch sparpolitische Eingriffe in die Zivildienstbeschäftigung (SKWP) und Absenkung personeller und sachlicher Ausstattungsstandards droht den Pflegebedürftigen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenssituation.

Das **Gesundheitswesen** befindet sich auf dem Marsch in die unverhüllte 2-Klassen-Medizin. Die Umlenkung der Mittel für soziale **Wohnungspolitik** in die Eigentumsförderung hat eine neue Wohnungsnot gefördert, über die die soziale

Krise tief in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Wachsende soziale Perspektivlosigkeit und Desintegration mündet in der Zunahme von Gewaltverhältnissen. Die „Amerikanisierung“ der Gesellschaft marschiert.

Innerhalb der öffentlichen Haushalte bewirkt die sog. „Sparpolitik“ eine Lastenverschiebung auf die Städte und Gemeinden bei gleichzeitiger weiterer Reduzierung ihrer Finanzierungsmöglichkeiten. Kommunale Selbstverwaltung verliert ihren Sinn, wo zunehmend nur noch gesetzliche Pflichtaufgaben exekutiert werden können. Dies ist eine weitere Analogie zum späten Weimar: Auch damals sprach man mit Blick auf die Kommunen von der „Diktatur der leeren Kassen“.

Nicht nur die privaten Arbeitgeber haben durch den Tarifbruch-Ost und die Tarifkündigung-West deutlich gemacht, daß es um umfassende Deregulierung tariflicher Mindeststandards geht. Über die Treuhand war die Bundesregierung unmittelbar am Tarifbruch in Ostdeutschland beteiligt. Das Beamtenrecht wird zum Brecheisen gegen die Tarifautonomie, wenn Nullrunden und Arbeitszeitverlängerung verordnet werden. Dabei spielt es letztlich keine Rolle, ob das von einer „schwarzen“ (Bayern), „roten“ (Schleswig-Holstein) oder „rot-grünen“ (Niedersachsen) Landesregierung kommt.

Trotz der langanhaltenden Abwärtsentwicklung der Lohnquote ist die weitere Senkung der Realleinkommen erklärtes Ziel der Reallohnsteigerung erweitert. Begründet wird dies neben der „Krise öffentlicher Haushalte“ – vor allem mit der Sicherung des angeblich akut gefährdeten „Industriestandorts Deutschland“.

„Standort“-Lüge

Das zu den „Fünf Weisen“ zählende Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW/Berlin) kam Mitte des Jahres zu folgender – buchstäblich vernichtender – Beurteilung der allgegenwärtigen „Standortdebatte“:

„Nimmt man alles zusammen, ist das

Gerede von einer Struktur- und Kosten-

krise der westdeutschen Wirtschaft oder

der Gefährdung des Investitionsstandorts

Deutschland leichtfertig und abweig-

ig. Die auf der Basis einer solchen

Diagnose vorgeschlagenen Therapien

sind unauglich und gefährlich.“

Obwohl sich die internationale Wettbewerbsposition der BRD im vergange-

nen Jahrzehnt nicht verschlechtert,

sondern eher verbessert habe, werde zum

dritten Mal ein Konjunkturereinbruch zur

Standortkrise umgedeutet. „Offenbar

bieten nun die strukturelle Schwäche der

ostdeutschen Wirtschaft und die Rezess-

ion im Westen erneut Gelegenheit, mit

noch größerer Härte als zuvor die Stand-

ortfrage voranzutreiben.“

Bundesregierung und Arbeitgeber

bescheinigt das DIW, mit den zur „Ret-

tung des Standorts“ vorgesehenen Maß-

nahmen die Krise zu verschärfen: „Das

paradoxe Ergebnis dabei ist: Selbst die

Interessenvertreter werden von einer

falschen Wirtschaftspolitik nicht profi-

tiert; am Ende werden alle verloren

haben. Schon im Jahr 1994 wird sich das

zeigen.“

Die „Standortdiskussion“ ist ebenso

wie die „Asyldebatte“ künstliche Insi-

ierung eines fiktiven Problems. Mit

einer Angstkampagne soll die Gesell-

schaft erpreßt werden, die Realisierung

langgehegter Arbeitgeberwünsche zum Umbau der Gesellschaft hinzunehmen.

Die Krise des „Reformlagers“

Mit dem Übergang der SPD auf die herrschenden Konsense der „kalten Systemveränderung“ kommen oppositionelle Positionen und grundlegende Alternativen in der veröffentlichten Meinung praktisch nicht mehr vor. Stattdessen hat die SPD begonnen, mit der Kohl-Regierung um die Bedienung von Arbeitgeberinteressen zu wetteleiern: So haben die Wirtschaftsministerkonferenz (ein-stimmig) und der Bundesrat (mehrheitlich) Beschlüsse gefaßt, die eine weitere Verschärfung des Regierungsentwurfs für ein Arbeitszeitrechtsgesetz fordern, mit dem die aus der Nazi-Zeit stammende Arbeitszeitordnung abgelöst werden soll. Während die IG Metall schon dem Entwurf bescheinigt, sich „ausschließlich an den Arbeitgeberwünschen nach Flexibilisierung der Arbeitszeit“, zu orientieren und feststellt, daß „Arbeits- und Gesundheitsschutz überhaupt nicht vorkommen“, wollen SPD-Wirtschaftsminister und Bundesrats-Mehrheit eine noch stärkere Deregulierung: flexible Jahresarbeitszeiten und noch mehr Sonn- und Feiertagsarbeit.

Vermittelt über die SPD gehen auch die gewerkschaftlichen Führungen vor der „Standortdebatte“ in die Knie: Das Ziel der Reallohnabsicherung droht nicht nur in Verbindung mit Arbeitszeitverkürzung ebenso aufgegeben zu werden wie die Ablehnung eines 2. Arbeitsmarkts unter Tarif. Dadurch droht sich die Krise des gesellschaftlichen „Reformlagers“ (im allerweitesten Sinne), die sich heute vor allem als Krise des „subjektiven Faktors“ darstellt, weiter zuzuspitzen. Was fehlt, sind glaubwürdige und handlungsfähige Initiativen einer bundesweiten Bewegung für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Gegenwehr: Nicht nur nötig, sondern auch möglich

Die potentielle Opposition in der Gesellschaft gegen die Zerstörung des Sozialstaats reicht bis tief in konservative Arbeitnehmerschichten und Verbände hinein. Kommunale Kahlschlagpolitik führte nicht nur in Köln zu neuen Bündnissen sozialer Gegenwehr. Der Appell von Betriebs- und Personalräten aus dem Ruhrgebiet an den DGB-Vorsitzenden Meyer, endlich mit „generalstreikähnlichen Aktionen“ auf die Angriffe auf Arbeitnehmer und sozial Schwache zu reagieren, sind ein wichtiges und ermutigendes Signal. Alternative Konzepte, was wir machen könnten, wenn wir denn könnten, sind in großer Zahl bereits vorgedacht. Jetzt muß es darum gehen, mit einer sozialen Widerstandsbewegung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir auch tatsächlich können. Was der Anti-AKW-Bewegung oder der Friedensbewegung möglich war – aus einer oppositionellen Minderheitenposition heraus neue Mehrheitskonsense gegen Atomwirtschaft und NATO-Rüstung herbeizudemonstrieren – muß ermöglicht werden.

(D. Kreutz ist Arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der Grünen im Landtag von NRW.)

Die Angriffe auf Dörfer und Städte gehen weiter

Nachrichten aus Kurdistan

Nach dem Massaker an der Zivilbevölkerung in Lice scheint die TR sich die Vernichtung der gesamten kurdischen Zivilbevölkerung, insbesondere der Dörfer vorgenommen zu haben. Seitdem wurden mehrere tausend Dorfbewohner aus ihrer Heimat vertrieben und ihre Dörfer vernichtet.

Im Bereich zwischen Mus, Bingöl und Diyarbakir wurden bei den jüngsten Angriffen 46 Dörfer niedergebrannt.

Im Bezirk Mardin wurden am 27. und 28. 10. sieben Dörfer, die sich entweder geweigert hatten, Dorfschützer zu stellen oder denen PKK-Unterstützung vorgeworfen wird, angegriffen und zum Großteil vernichtet. Insgesamt 6200 Menschen mußten daraufhin in die umliegenden Städte und Dörfer flüchten.

Das Dorf Mesken bei Midyat wurde von 500 Soldaten und Dorfschützern überfallen, die Bewohner auf dem Dorfplatz zusammengetrieben. Sie mußten sich Propagandareden anhören, es kam zu vielen körperlichen Übergriffen, Häuser wurden in Brand gesteckt. Anschließend wurden die Bewohner vertrieben.

Im Dorf Cavusoglu bei Bismil wurden von 65 Häusern 45 angezündet und die Menschen vertrieben. Sie wollen jedoch mit Hilfe des Menschenrechtsvereins in ihr Dorf zurückkehren.

Der Kommandant der 6. Panzerbrigade in Tatvan hat vor Menschen aus sieben Dörfern erklärt: „Wenn es nötig ist, werdet ihr alle sterben ... Ihr habt Lice, Altinova und Zengok gesehen.“ Sie würden nämlich die PKK unterstützen und seien außerdem Gottlose Armenier.

Der gesamte Kreis Cukurca wurde in der Nacht zum 4. 11. von staatlichen Kräften unter schweren Beschuß genommen. 80 Häuser sind total zerstört worden, die 4000 Bewohner der Gegend sind auf der Flucht.

Von den 4000 sollen die meisten nach Südkurdistan geflohen sein. Die türkische Armee startete daraufhin eine grenzüberschreitende Operation, bei der bisher mindestens sieben Dörfer jenseits der Grenze bombardiert wurden.

Wie der Hauptmann B. Kutuk mittlerweile zugegeben hat, wurden die Angriffe auf das Gebiet Cukurca mit Mörsern und ähnlichen Waffen geführt, da die massiven Steinhäuser mit sogenannten leichten Waffen nicht zu zerstören seien.

In Otsuk bei Sirvan in Siirt, haben

staatliche Kräfte sieben Häuser, deren Bewohner sich immer geweigert haben, Dorfschützer zu werden, in Brand gesteckt. Etwa zeitgleich weigerte sich der Militärposten in Sir, die Waffen von ehemaligen Dorfschützern, die diese abgeben wollten, wieder anzunehmen.

Am 6. 11. wurden Mesken bei Midyat, Kirbe Kermete und Kermete bei Ömerli vom Staat überfallen und die Bewohner vertrieben. Die bei Mazidag gelegenen Dörfer Kanigenike, Xirebekure und Kirbe Hilala wurden angezündet.

Aus den Dörfern im Bereich Baykan/Siirt sind ebenfalls ca. 2000 Menschen vor dem staatlichen Terror geflohen.

Bei Kulp wurden die Dörfer Cumari, Duderiya, Kanika Sikeftiye, Bavicanka Giremori und Gele zunächst abgesperrt und dann unter Beschuß genommen. Gele wurde auch aus der Luft mit Kampfhubschraubern angegriffen.

15 Häuser des in Diyarbakir-Dicle gelegenen Pirisman wurden in Brand gesetzt.

In Mus wurden Esmonk, Bahce, Kavar, Belil, Suveren, Horung und Kumluca nach einer Razzia teilweise in Brand gesteckt.

In der Nacht zum 10. 11. wurde der Kreis Tutak in Agri von Staatskräften fünf Stunden lang beschossen; dabei waren insbesondere die Häuser der Verwandten des Serhat-Kommandanten der ARGK, Azman, Ziel der Angriffe. Bereits wenige Tage zuvor war sein Vater festgenommen worden. Insgesamt wurden ca. 20 Personen festgenommen.

In derselben Nacht wurde Cukurca erneut angegriffen, dabei wurden ca. 300 Personen festgenommen. Das Haus des Bürgermeisters Mustafa Turan wurde schwer beschädigt.

Helhel bei Hazro/Diyarbakir und Licok, Zenge, Entgag und Misir bei Lice wurden am 10. 11. von Dorfschützern der Sikefta und Zogbirin und Militärs angegriffen; dabei wurden ebenfalls mehrere Häuser in Brand gesetzt. Der im Garten arbeitende Ahmet Cakir wurde angeschossen und anschließend festgenommen (in Helhel). In den Dörfern Licok und Zenge wurden drei Häuser angezündet und der Bevölkerung angeherrscht, sie zu vertreiben.

Am 7. 11. wurde Karakale in Kars-Kagizman überfallen, die Bewohner zusammengetrieben und ein Bewohner mit dem Gewehrkolben verprügelt.



In Lice nach dem Angriff der türkischen Armee

Bilder auf dieser Seite: Roland Röder

Die nahegelegenen Dörfer Saban und Zixci erfuhren das gleiche; den Bewohnern wurde zusätzlich mit Ermordung gedroht, acht Personen wurden festgenommen.

Die Dörfer Schrika, Zivin, Bane und Kanihajra bei Güclükona/Sirnak wurden entvölkert, Bane war bereits mehrfach Ziel staatlicher Angriffe.

Der Heimatort von Zübeyir Aydar, Hekent in Siirt-Pervari, wurde vom Militär angegriffen, 13 Personen wurden festgenommen. Den Dorfbewohnern wurde befohlen, in drei Tagen das Dorf zu verlassen. Drei Häuser wurden angezündet.

Die Häuser des Dorfes Nevala in Batman-Kozluk wurden mit allem, was sich darin befand, und mit den umliegenden Tabakfeldern in Brand gesteckt.

Das Dorf Kursunlu in Diyarbakir-Dicle wurde am 9. 11. erneut vom Militär angegriffen. Die 900 Bewohner wurden auf dem Dorfplatz versammelt und ein Offizier teilte über Megaphon mit, daß der Ort am folgenden Morgen bombardiert werde, ob noch Menschen dort seien oder nicht. Das berichteten die kurz vorher in Diyarbakir festgenommenen deutschen Journalisten Michael Enger und Yüksel Ugrulu.



zukriegen sein. Nach wie vor kann von einer Anerkennung der durch die UNO bestätigten Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und alleinige Herrschaft über die 1967 von Israel besetzten Gebiete keine Rede sein.

Israels Verhandlungslinie setzt auf Spaltung der Palästinenser; sie macht kleine Zugeständnisse, die vor allem der palästinensischen Bourgeoisie neue Handlungsräume eröffnen sollen — die Herausbildung einer Schicht administrativ Leitender in Gaza und Jericho sowie größere Möglichkeiten des wirtschaftlichen Handelns. Die Lebensumstände der meisten dort lebenden Menschen drohen sich aber kaum zu verändern, denn es ist kaum ersichtlich, wie eine palästinensische Wirtschaft sich unabhängig, ein größerer Arbeitsmarkt neben der schikanösen israelischen Ausbeuterei palästinensischer Arbeiter entwickeln soll. Zu grundlegend sind durch den zionistischen Terror menschliche und natürliche Ressourcen vernichtet worden.

An diesem Erfolgstatbestand der eigenen Politik knüpft Israels berechnende

Ausnahmezustand verlängert ...

Mit 284 gegen 64 Stimmen hat die Große Nationalversammlung der Türkei am 10. 11. einer weiteren Verlängerung des Ausnahmezustands um vier Monate zugestimmt.

Repression gegen kurdische Parteien DEP, Ex-HEP

Der erst eine Woche zuvor aus dem Gefängnis entlassene ehemalige HEP-Vorsitzende Dr. Hasan Demiroglu wurde zusammen mit 15 Personen, die zu Besuch waren, festgenommen. Von den 16 Festgekommenen sind 13 wieder frei, Hüsnü, Mahmut und Yücel Özoglu sind weiter in Haft.

Von „Unbekannten“ wurde in der Nacht zum 9. 11. das Geschäft des DEP-Aktivisten aus Agri, Milmet Günakin,

angezündet. An dem Geschäft entstand ein Sachschaden von 70 Mio. TL.

In Mersin Yenipazar wurde eine ehemalige DEP-Mitarbeiterin, Hülya Ayhan, zusammen mit vier weiteren Personen festgenommen, zahlreiche Häuser wurden durchsucht.

Im ebenfalls zu Mersin gehörenden Tarsus wurden im Stadtteil Barbaros der DEP-Vorsitzende, ein Delegierter, drei weitere Parteimitglieder und zwei Brüder festgenommen.

Der DEP-Kreisvorsitzende von Izmir, Celal Adiguzel, und das Parteimitglied Celas Arslan wurden festgenommen.

Die Häuser von sieben DEP-Mitgliedern aus Karsiyaka wurden durchsucht, die Besitzer festgenommen.

Vier Leute, die im DEP-Büro Kiziltepe vorgefunden wurden, sind am 9. 11. festgenommen worden.

Von der festgenommenen Sekretärin der DEP aus Istanbul-Beyoglu, Gülay Oktar, gibt es keine Nachricht. Die Tochter des Funktionärs Cemal Oktar wurde am 10. 11. morgens auf dem Weg zur Arbeit festgenommen.

Am 9. 11. wurde das DEP-Mitglied Cumali Yilmaz in Istanbul bei einer Hausdurchsuchung festgenommen.

Auch Soldaten werden unter Druck gesetzt

Nach Ableistung seines Wehrdienstes wurde der in sein Dorf zurückgekehrte Bahattin Izmir vom dortigen Jandarma-Kommandanten, der mit einem Muhittin Toprak zusammensaß, auf die Wache gebeten. Dort wurde er zunächst sehr freundlich behandelt und aufgefordert, für 5 Mio. TL monatlich sein eigenes Dorf auszuspionieren. Als er ablehnte, drohten sie ihm einmonatige Folter und einen Prozeß beim DGM (Staatsicherheitsgericht) an. Er wurde 20 Tage lang gefoltert, bis er zum Schein einwilligte. Mittlerweile hat er die Gegend verlassen.

Der kurdische Soldat H.K., der seinen Wehrdienst in Bingöl-Genc ableistet, wurde, weil er sich weigerte, einen festgenommenen 70jährigen Mann zu foltern, von einem Unteroffizier geschossen, so daß er ins Krankenhaus mußte. Aus: *Kurdistan-Rundbrief* Nr. 24/93

Israels grausame, berechnende „Friedenspolitik“

Kommentar zu den Nahost-Verhandlungen

Die Euphorie nach den jüngsten Fortschritten bei den Nahost-Verhandlungen schien allgemein, ein Beispiel moderner Konfliktlösung gefunden. Scheinbar erstaunlich, daß aus den betroffenen Bevölkerungen sich so erheblicher Widerstand gegen die Ergebnisse regt, der sich in alltäglichen Meldungen über die weiter tobende zionistische Gewalt in Palästina und Widerstandsaktionen dagegen dokumentiert.

Die fortwährenden Aktionen von radikalen Zionisten, die ihre „Groß-Israel-Träume“ nicht relativieren wollen, und von palästinensischen, oft religiös motivierten Gruppen haben gemein, daß sie keine Lösungswege der tragischen Situation in Palästina aufzeigen. Die radikalen Zionisten können jedoch an der israelischen Regierungspolitik anknüpfen, sie werden durch deren Begründung auf lange Sicht beflügelt und nicht klein-

„Friedenspolitik“ an, die die Palästinenser als Bittsteller in die Arme der europäischen und US-Imperialisten treiben würden, um sie so mittelbar zu noch mehr Zugeständnissen zwingen zu können. Weil sich erhebliche Teile des palästinensischen Volkes einem solchen Ausverkauf ihrer legitimen Rechte nach wie vor widersetzen, gibt es erhebliche Konflikte im palästinensischen Lager. Israels Politik macht sich diese zunutze und verwendet die vorkommenden, verzweifelten Gewalttaten als weiteres Argument, warum es den Palästinensern nur eine Art „Reservethaltung“ anbieten könne, die — kleinen — Landstriche Gaza und Jericho eben, und diese auch nur unter Vorbehalt der weiteren Stationierung zionistischer Truppen zum Schutz israelischer Siedler; ein Netz von Straßen soll zudem die in diesen Gebieten gelegenen Siedlungen verbinden und die fortwährende Ausplunderung der natürlichen Ressourcen — v.a. des Wassers — sichern. Wie unter diesen Umständen und innerhalb dieser ohnehin extrem dicht besiedelten Gebiete eine eigene palästinensische Wirtschaftspla-

nung und gezielte Wiederansiedlungs-politik für Zigeusende von Flüchtlingen gestaltet werden könnte, ist rätselhaft und dieses Rätsel zionistisches Kalkül. Dies bewirkt Skepsis und Feindschaft gegenüber den Nahost-Verhandlungen.

Ein anderer Weg als der des Verhandelns ist aber offenkundig nicht beschreibbar, die militärische Situation aus palästinensischer Sicht aussichtslos. So wird viel davon abhängen, ob palästinensische Linke und — international — Unterstützer ihrer Anliegen auf den Verhandlungsprozeß Einfluß zu nehmen vermögen und dabei andere Lösungswege auch aufzeigen können. Von jeglichem religiös motiviertem Handeln wird dafür nichts zu erwarten sein: immerhin aber scheint es möglich, über den Bezug auf die inhaltlichen Begründungen der diversen UNO-Resolutionen zu Palästina größeren öffentlichen Druck zu erzielen für die Erkenntnis und entsprechende Konsequenzen daraus, daß gerechte Lösung des Problems durch momentane israelische „Friedenspolitik“ nicht hergestellt werden kann. — (uga)

USA: Nach den Wahlen das Ende der Regenbogenkoalition?

Bürgermeister- und Gouverneurswahlen

Ein Jahr nach dem Wahlsieg Bill Clintons und der Demokratischen Partei in den Präsidentschaftswahlen erzielte die Republikanische Partei drei herausragende Siege auf mehr oder weniger lokaler Ebene. In New York City verlor der erste afro-amerikanische Bürgermeister, David N. Dinkins, seine Wiederwahl gegen den weißen Kandidaten der Republikanischen Partei, Rudolph W. Giuliani. In New Jersey verlor der amtierende Gouverneur, Jim Florio, gegen die Kandidatin der Republikanischen Partei, Christine Todd Whitman. In Virginia verlor die zunächst mit 19 % führende Kandidatin der Demokraten gegen den Republikaner George F. Allen. Die Analyse dieser Wahlergebnisse auf nationaler Ebene durch die betroffenen Politiker ist bislang sehr seicht ausfallen.

Kein landesweiter Trend?

Erste Reaktion Clintons: es handele sich um lokale Wahlen mit wenig Einfluß auf die nationale Politik, und bestens zeigten die Ergebnisse, daß die Wähler weiterhin für Veränderung stimmten (ein Hauptsymbol in Clintons Wahlkampf). Der Führer der Republikanischen Partei im US-Senat wertete die Wahlergebnisse natürlich als Beleg für eine Ablehnung der Politik Clintons auf nationaler Ebene.

Keine der national verbreiteten Tageszeitungen (*USA-Today*, *New York Times*, *Washington Post*, *Wall Street Journal*) sieht in den Wahlergebnissen einen landesweiten Trend, etwa einen Ruck nach rechts. Als Argument dagegen wird angeführt, daß keines der Wahlergebnisse ausschließlich aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht oder Parteizugehörigkeit des Kandidaten zu stande gekommen sei. Hauptsächlich hätten die Wähler gegen etablierte Politiker gestimmt, die ihnen nichts gebracht hätten, und für Kandidaten, die ihnen Änderung versprachen. Dafür werden dann Beispiele angeführt: Daß in New York City Demokratische Kandidaten für die übrigen Wahlämter wiedergewählt wurden und nicht die von Giuliani empfohlenen; daß in Minneapolis mit einer überwiegend weißen Bevölkerung eine Afroamerikanerin zum Bürgermeister gewählt worden sei; daß der afro-amerikanische Bürgermeister von Seattle mit großer Mehrheit wiedergewählt worden sei etc.

Schaut man nur auf die Endergebniszahlen, läßt sich tatsächlich eine solche Interpretation bewerkstelligen, und es wird als positiv hinzugefügt, daß Kompetenz und Entschlossenheit des Kandidaten, seine Aufgaben anzupacken, für die Wähler ausschlaggebend gewesen seien. Für schwarze Kandidaten bedeutet das, daß sie heutzutage nicht mehr auf die Stimmen von liberalen Weißen zählen könnten, die u.a. auch aus Schuldgefühlen heraus für die erste Welle schwarzer Kandidaten in politische Ämter gestimmt hätten. Heute müsse ein Kandidat beweisen, daß er seiner Aufgabe gewachsen ist, Hautfarbe oder Geschlecht würde dann keine entscheiden-

de Rolle spielen. Allerdings, wird vorsichtig zugegeben, bei gleich guten Kandidaten hätten männliche Weiße einen Vorteil. Signalisiert das eine besser integrierte Gemeinschaft der Bevölkerung in den USA, mit weniger Rassismus und Diskriminierung?

Isolierung der schwarzen Bevölkerung

Wahlkampf und Wahlergebnis in New York City sprechen dagegen. *Village Voice*, eine alternative Zeitung in New York City, berichtet von steigender Polizeibrutalität gegen Schwarze im Wahlkampf und Kommentaren von Polizisten

dieses überwiegend weißen Stadtteils von New York City hatte die Wähler auf die Beine und zu den Wahlurnen gebracht — 77 % Wahlbeteiligung gegenüber 44 % in Dinkins Wahlbezirk. Obwohl Dinkins nur knapp verlor, muß man sehen, daß der Sieg des Republikaners die Isolierung der schwarzen Bevölkerung zur Grundlage hatte. Eine gefährliche Tendenz! Um so gefährlicher, da der hohe Wahlsieg des Kandidaten der Republikanischen Partei in den Gouverneurswahlen in Virginia durch die offene Unterstützung der religiösen Rechten zustande kam. Die *New York Post*, die Giuliani unterstützte, wertet die Hilfe des Fernseh-Evangelisten Pat Robertson als instrumental für den Sieg des Republikanischen Kandidaten. Als Robertson 1988 für die Präsidentschaft kandidierte, hatte ihn die Republikanische Partei noch eher als eine Peinlichkeit empfunden. Diesmal und erstmals habe sich gezeigt, daß die religiöse Rechte ein Gewinn und keine Belastung für die Republikanische Partei gewesen sei, meint die New Yorker Zeitung *Post*.

Sind New York City und Virginia totale Einzelfälle? Nicht ganz. Es scheint vielmehr, daß die Kandidaten erfolgreich waren, die insbesondere härtere Maßnahmen zur Eindämmung von Kriminalität zum Hauptthema ihres Wahlkampfs machten (gerichtet hauptsächlich gegen Schwarze), die Haushalteinsparungen durch Streichung von Hilfsprogrammen versprachen (propagiert wiederum, als würde dadurch hauptsächlich Schwarzen ein schönes Nichtstuerleben entzogen), und die sich für Privatisierung und gegen Forderungen der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst aussprachen (also Rationalisierung und Lohndrückerei). Diese Kandidaten haben Gewinne erzielt unabhängig davon, ob sie Schwarze, Angehörige einer anderen Minderheit oder Frauen waren.

Neue Regenbogenkoalition von Rechten?

Das rechte Monatsmagazin *The New Republic* kündigt denn auch den Aufstieg einer neuen Regenbogenkoalition an, Rainbow Coalition II. Eine Koalition von rechten Weißen mit Rechten jeglicher Hautfarbe oder Herkunft. Die Kandidaten der Jesse Jackson Regenbogenkoalition seien nicht mehr „in“. Man sei zwar erst am Anfang der neuen Regenbogenkoalition II, aber die Aussichten seien positiv. Verhaltene Selbstgratulation folgt: daß man dabei sei, das Kapitel „Bürgerrechte“ zu begraben. Nachdem es Reagan und Bush gelungen war, das Kapitel Vietnamkrieg zu begraben, ist die logische Folge der Rechten nun mehr, die progressiven Überbleibsel der Bürgerrechtsbewegung auszumerzen. In New York City haben sich derweil schwarze Führer in den Stadtteilen mit Jesse Jackson zusammengesetzt, um erneut die Möglichkeit der Gründung einer politischen Partei aus der Regenbogenkoalition zu beraten. — (her, ger)



Philadelphia, 30.5.85: Protest gegen Polizeibrutalität gegenüber Schwarzen, eines der ständigen Themen der Regenbogenkoalition.

wie, „wartet nur, bis Giuliani dran ist, dann werden wir's euch zeigen“, von Faschisten, die sich um Giuliani scharen. Das Wahlergebnis in Zahlen: Giuliani gewann mit 51 % der Stimmen gegenüber 48 % für Dinkins. 1989, als sich dieselben Kandidaten gegenüberstanden, hatte Dinkins mit 2 % über Giuliani gewonnen. Die Auswüchse im Wahlkampf gegen den amtierenden Bürgermeister mußten auf Spaltung der Dinkins-Allianz aus Schwarzen, anderen Minoritäten und progressiven Weißen zielen. Das ist dann auch gelungen. 97 % der Stimmen der schwarzen Bevölkerung gingen zu Dinkins; 3 % stimmten für Giuliani, 4 % weniger als 1989. Eine totale Polarisierung der Stimmen der Schwarzen. Aber Dinkins verlor einen Teil der lateinamerikanischen Stimmen: 1989 wählten ihn 65 %, 1993 60 %, während Giuliani seinen Stimmenanteil von 34 auf 38 % erhöhen konnte. Sicher hat ein langer Boykott von Schwarzen gegen koreanische Läden einen Teil der asiatischen Stimmen von Dinkins abgespalten.

Die Analysen sagen, Giuliani habe hauptsächlich mit den Stimmen der Weißen aus den Randbezirken der Stadt gewonnen. Die Hälfte der 23630 Stimmen, die Giuliani zum Bürgermeister machten, stammen aus Staten Island. Ein Referendum über die Abspaltung



Wahlsieger Jean Chrétien von der Liberalen Partei mit Frau Allen

Neue politische Landkarte in Kanada

Große Verschiebungen durch Unterhauswahlen

Die kanadischen Unterhauswahlen vom 25. Oktober haben Veränderungen in einem Ausmaß gebracht, das wahrscheinlich innerhalb des westlichen Parlamentarismus Seltenheitswert hat. Daß eine Regierungspartei durch die Oppositionspartei abgelöst wird, und daß dabei große Verschiebungen stattfinden, ist man bei Ländern, die durch das britische System des reinen Mehrheitswahlrechts geprägt sind, gewohnt. In Kanada ist mehr geschehen: Es sind neue Parteien nach oben gekommen und zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden.

Vor der Wahl war das Parlament so zusammengesetzt: Progressive Conservatives 155 Sitze, Liberals 79, New Democrats 43, Bloc Québécois 8, Unabhängige 2, Reform Party 1 Sitz.

Die neue Zusammensetzung sieht so aus: Liberals 177, Bloc Québécois 54, Reform Party 52, New Democrats 9, Progressive Conservatives 2, Unabhängige 1. Es haben also die Konservativen 153 Sitze verloren, die Liberalen 98 gewonnen. Die Sozialdemokraten (New Democrats) sind von 43 auf 9 Sitze reduziert, und als neue Oppositionsparteien haben sich fast gleich stark zwei sehr gegensätzliche Parteien etabliert, die eine im Westen: Reform Party, und die andere in Québec: Bloc Québécois.

Es stellen sich etwa folgende Fragen: Warum haben die Konservativen so stark verloren, was ist das Konzept der Liberalen, welche sozialen Interessen vertreten die neuen Regionalparteien, und warum mußten die Sozialdemokraten so starke Verluste hinnehmen?

Die Konservativen hatten einen starken Vertrauensverlust zu verzeichnen, der im Frühjahr auch zum Auswechseln der Amtsführung geführt hatte — von Brian Mulroney zu Kim Campbell, der ersten Frau an der Spitze der kanadischen Regierung. Nach anfänglichem Vertrauensvorschuß scheint sie zu wenig ein Konzept entwickelt zu haben, um die als gravierend anerkannten Probleme der kanadischen Gesellschaft einer Lösung zuzuführen. Die *Frankfurter Allgemeine* urteilte so: „Die 46 Jahre alte Rechtsanwältin aus Vancouver, die dem hochverschuldeten Sozialstaat Kanada die bittere Medizin fiskalpolitischer Verantwortung und Sparsamkeit verschrieb, hat offenkundig dadurch viele der von hoher Arbeitslosigkeit gebeutelten Wähler — mehr als elf Prozent der knapp dreißig Millionen Kanadier — verschreckt ... Neun Jahre konservativer Regierung, die in einer traditionell konsensorientierten Gesellschaft manchen sozialen Gegensatz stärker ausgeprägt haben, kommen als Hypothek hinzu.“ (23.10.93)

Die Wahlkampfstrategie des Liberalen Jean Chrétien war „Jobs, Jobs, Jobs“. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm soll die Infrastruktur verbessern und dadurch die Profitserwartungen wieder verbessern. Gleich nach der Wahl hat Chrétien als erste Amtshandlung einen Kampfshubschrauber-Auftrag für ein bri-

tisch-italienisches Firmenkonsortium im Wert von 4,8 Milliarden Dollar stormt und für fast die gesamte Summe ein Beschäftigungsprogramm für 120000 Personen angekündigt, mit dem Straßen und Brücken instandgesetzt werden sollen. Er scheint also in dieser Hinsicht über seine von der Presse als vollmundig bezeichneten Wahlkampfversprechen noch hinausgehen zu wollen.

Die Staatsverschuldung und die Arbeitslosigkeit sind am Ende der konservativen Regierungsperiode sicherlich kein Ruhmesblatt — die Bundesverschuldung beträgt 54 % vom Bruttoinlandsprodukt, und seit 1990 sind mehr als 400000 Arbeitslose hinzugekommen. Jedoch gibt es bereits wieder Anzeichen für eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit, und zu einem Teil spiegelt Chrétiens Wahlsieg einfach den Beginn des neuen Konjunkturzyklus.

Den Sozialdemokraten — in Kanada traditionell die dritte Kraft und bisher nur mit kommunaler und Provinzverantwortung betraut — haben bei dieser Wahl noch weit weniger Menschen Regierungsfähigkeit zugewiesen als früher. Das deutet schon an, was auch bei der Analyse der Reform-Party und des Bloc Québécois klar wird: Insgesamt sind die Wahlergebnisse als Ausdruck einer Rechtsentwicklung zu werten.

Der organisatorisch junge Bloc Québécois wird geführt von seinem Gründer Lucien Bouchard, der bis 1990 in der Konservativen Partei und als Botschafter wirkte, ehe er sich mit Mulroney über die Québec-Frage zerstritt. Hier ist konservativer Regionalismus in Aktion, und es ist ihm gelungen, innerhalb von drei Jahren eine Partei zu formen, die 54 von 75 Sitzen in Québec holte und nun die offizielle Opposition stellt. Lockung der wirtschaftlichen Bindungen zu Kanada bedeutet für diese Partei Annäherung an die USA.

Die Reform Party wird von dem evangelischen Laienprediger Mannings aus Alberta geführt, Sohn eines früheren Ministerpräsidenten von Alberta. Sein Programm ist stramm rechts: Halbierte Einwanderungsrate, weniger Steuern, Kürzung der Sozialausgaben.

Chrétiens Kabinettbildung trägt die Akzente Sparsamkeit und Wirtschaftsfreundlichkeit. Es ist das kleinste Kabinett seit den 60er Jahren, und die Zahl der Ausschüsse wurde reduziert. Die Minister für Industrie, Finanz und Handel gehören dem rechten Parteiflügel an; die Parteilinie erhielt das Arbeits- und das Umweltministerium. Chrétiens lange persönliche Regierungserfahrung — er leitete unter Trudeau im Wechsel fast alle wichtigen Ressorts — spricht für Stabilität der Regierung, aber die heterogene Zusammensetzung des Parlaments läßt manche Überraschung erwarten. Dazu gehört auch die offene Frage, wie er es mit den Rechten der Ureinwohner hält — in der Regierung Trudeau zeichnete er seinerzeit verantwortlich für den Plan, die alten Vertragsrechte der Indianer abzuschaffen. — (mif)

Die DASA AG als Jobkiller: Die Belegschaft kämpft

Ein Bericht aus München

München. Am 20.10.93 trat der Vorstandsvorsitzende der DASA, Herr Schrempp, vor die Presse und verkündete den Abbau von 16.000 Arbeitsplätzen. Es sollen 9 DASA-Werke geschlossen werden, darunter auch das Deutsche Airbus Werk in München Neuauing.

Das Werk Neuauing

Das Airbus Werk in Neuauing wurde 1991 von der Dornier Luftfahrt GmbH an Airbus verkauft. Dies erfolgte, um die Arbeitsplätze und den Standort zu erhalten. Bereits damals wurde über eine Werkschließung geredet, jedoch sorgte der Kauf des Werkes durch die Airbus für eine gute Auslastung.

Im Werk Neuauing sind zur Zeit 1.161 MitarbeiterInnen beschäftigt. Hinzu kommen noch Leiharbeitskräfte und Arbeitskräfte aus anderen Airbus-Werken. Der Ausbildungsstand der Beschäftigten ist sehr gut, so haben ca. 85 % der gewerblichen ArbeitnehmerInnen einen Facharbeiterbrief. In Neuauing werden Einzelteile für alle Airbus-Versionen, Fokker und Do 328 hergestellt. Drei wesentliche Fertigungssäulen haben die Auslastung bisher gesichert, die Blechfertigung, Zerspanung und Kunststoff-Fertigung. Die Blechfertigung sollte langsam auslaufen, dafür wurde bereits seit Anfang 1993 eine hochmoderne Profilfertigung aufgebaut. Dieses Profilbearbeitungszentrum sollte alle Profile, die beim Bau eines Airbus notwendig sind, liefern. Die Zerspanung ist nach DA internen Untersuchungen auf einem hochmodernen Stand, nur das reine Zerspanungswerk Varel hat einen etwas moderneren Maschinenpark (Varel 88 %, München 80 %). In der Kunststoff-Fertigung wurde seit Mitte des Jahres ein neues Produktionskonzept in Betrieb genommen, das als modernstes seiner Art in Deutschland, wenn nicht sogar in ganz Europa gilt. Es war ebenfalls geplant, eine neue Galvanik zu bauen, die umweltschonender produziert hätte als die bisherige Galvanik. Die Planung war bereits abgeschlossen und das Genehmigungsverfahren läuft bereits. Die Deutsche Airbus hat seit der Übernahme des Werkes fast 100 Mio. DM in das Werk Neuauing investiert und zu einem Zeitpunkt, wo diese Investitionen zu einer verbesserten Wirtschaftlichkeit des Betriebes führen, soll dieses Werk geschlossen werden.

Die Konzernpolitik

Die Politik des Konzerns, der Daimler-Benz AG, zu dieser gehört die DASA, war die letzten Jahre gekennzeichnet durch das Aufkaufen von vielen ehemaligen Konkurrenten. So wurde u.a. Dornier, AEG, MTU, Telefunken und Fokker von Daimler-Benz gekauft und in die DASA eingebbracht. Durch diese Aufkäufe ist für die Beschäftigten eine ganz bedrohliche Situation entstanden, es gibt z.B. für FlugzeugbauerInnen nur noch die DASA, in der sie beschäftigt werden können. Entlädt dieser Konzern, besteht für die Gekündigten keine Möglichkeit, eine adäquate Tätigkeit zu finden. Für die Betriebsräte kommt erschwerend hinzu, daß die Konzernleitung die Entscheidungen ohne Mitwirkung der Betriebsräte trifft und diese später davon

nur noch unterrichtet werden. Die Einflußmöglichkeiten der Aufsichtsräte wurden in den letzten Jahren ebenfalls stark eingeschränkt. So ist der Aufsichtsrat immer mehr zu einem Informationsgremium statt zu einem Entscheidungs- und Kontrollgremium verkommen. Hinzu kommt noch, daß der Konzern nicht der Meinung ist, daß sie die Standort-Betriebsräte von ihren Beschlüssen informieren müssen. So liegen dem Betriebsrat in Neuauing nach wie vor keine detaillierten Informationen vor (Wirtschaftlichkeitsdaten, Berechnungen für die Zukunft etc.), aus denen ersichtlich ist, warum ausgerechnet Neuauing geschlossen werden muß. Man könnte sagen, daß die Kommunikation von Geschäftsführung und Betriebsrat auf dem Null-Punkt liegt. So werden die Vorschläge des Betriebsrates, um die Schließung des Werkes zu verhindern, nicht aufgegriffen. Diese Vorschläge beinhalten unter anderem: Rücknahme der 174-Stunden-Verträge, bzw. der 40-Stunden-Woche-Verträge; Vorgezogene Einführung der 35-Stunden-Woche, bzw. weitere Verkürzung der Arbeitszeit; Stufenweiser Übergang in den Ruhestand; Qualifizierungsoffensive für Arbeitsnehmer in der Arbeitszeit.

Reaktion der Belegschaft

Die MitarbeiterInnen in Neuauing erfuhrn am 20.10.1993 durch ein Flugblatt des Betriebsrates von der beabsichtigten Schließung ihres Werkes. Auf einer spontanen Demonstration zum Hotel „Vier Jahreszeiten“ machten sie ihrem Unmut und ihrer Wut Luft. 600 MitarbeiterInnen legten den Verkehr auf der Maximilianstraße lahm.

Am Montag, den 25.10.93, gab es ein spontanes Belegschaftsstreffen. Die Belegschaft zog geschlossen zur Neuauinger Kreuzung, um diese zu besetzen. Durch diese Besetzung kam der Durchgangsverkehr von München nach Germering eine Stunde zum Erliegen. Dies reichte den Kolleginnen und Kollegen jedoch noch nicht und es wurde beschlossen, Richtung Donnersberger Brücke zu ziehen.

Etwa 700 Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich an diesem Marsch. Er führte über 11 km bis zur Donnersberger Brücke. Die Donnersberger Brücke (die am meisten befahrene Brücke Deutschlands) wurde von den Kolleginnen und Kollegen *beidseitig* besetzt. (Dies war das erste Mal in 23 Jahren, wie ein Anwohner den DemonstrantInnen mitteilte). Ziel dieser Besetzung war die Zusage vom bayerischen Ministerpräsidenten, an der Betriebsversammlung teilzunehmen.

Am Donnerstag, den 28.10.93, fand die Betriebsversammlung statt. Zugestellt hatte der DASA-Vorstand, vertreten u.a. durch Herrn Mehndorn und für die bayrische Staatsregierung Herrn v. Waldenfels. Der Gesamtbetriebsrat, Herr Wizorek (Stadt München), Dr. Braun (Bürgermeister Germering) und Delegationen aus Lemwerder, DASA Landsberg, AGFA, Siemens Balanstraße, Dornier Luftfahrt und Dornier Medizintechnik waren ebenfalls anwesend. Die MitarbeiterInnen waren in den letzten zwei Tagen sehr aktiv gewesen.

Schwarze Holzkreuze säumten den Weg vom Eingangstor bis zur Halle, in der die Betriebsversammlung stattfand. Auf jedem Kreuz stand „Ich war ein Arbeitsplatz“. Die Halle war geschmückt mit unzähligen Transparenten. Rote Karten waren hergestellt worden und ein überdimensionaler Sarg wurde in der Halle aufgestellt. Als der Vorstand, die Werksleitung und Herr v. Waldenfels die Halle betrat, begann ein ohrenbetäubender Lärm. Trillerpfeifen, Preßluftlupen und Buh-Rufe hallten durch die Halle. Herr v. Waldenfels sicherte zu, daß es, wenn es am Geld liegt, Hilfe von der Staatsregierung geben wird. Seine Rede wurde durch starke Unmutsäußerungen der Belegschaft (Pfiffen) begleitet. Sowohl der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Hilbrink als auch Herr Wizorek und Herr Dr. Braun sprachen sich für den Erhalt des Standortes aus. Die Betriebsräte aus Lemwerder und von DASA Landsberg stellten die Situation ihrer Standorte dar (beide Werke sollen ebenfalls geschlossen werden).

Am 29.10.93 fand in Ottobrunn (DASA-Zentrale) die Aufsichtsratssitzung der DASA statt. Die Belegschaft machte sich geschlossen nach Ottobrunn auf. Die Solidaritätsgruppe aus Lemwerder und die Kolleginnen und Kollegen der DASA-Landsberg hatten ebenfalls nach Ottobrunn mobilisiert. So standen knappe 1000 Beschäftigte vor dem Eingang der DASA-Zentrale (der Zutritt wurde nicht erlaubt). Auf der Aufsichtsratssitzung wurde jedoch nicht über die Entscheidung des Vorstandes abgestimmt.

Am Mittwoch, den 10.11.93, fand eine Solidaritätsfahrt nach Bonn statt. Die Lemwerderaner KollegInnen hatten zur *Aktuellen Stunde des Bundestages* zur Situation der Luft- und Raumfahrt nach Bonn mobilisiert. Aus München kam eine 80-köpfige Delegation. Die Münchner Gruppe bekam noch die Möglichkeit, eine kleine Gruppe zu einem Gespräch mit Herrn Dr. Falthauser (Stellvertreter CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender) zu entsenden. Dieser versprach, sich auf politischer Ebene für das Neuauinger Werk einzusetzen.

Am 11.11.93 wurde eine Delegation des Betriebsrates aus Neuauing vom bayerischen Ministerpräsidenten empfangen. Sie überreichten eine Resolution, in der sie alternativen Vorschläge vorstellten.

Am Nachmittag zog die Belegschaft geschlossen zur Staatskanzlei um den Vorschlägen des Betriebsrates das nötige Gewicht zu verleihen.

Am 12.11.93 fand die sog. „Elefanten-Runde“ statt. Teilnehmer waren Herr Reuter (Daimler-Benz Vorsitzender), Herr Schrempp (DASA-Vorsitzender) und die Ministerpräsidenten der betroffenen Bundesländer. Treffpunkt war die bayerische Staatskanzlei. Eine Mahnwache der Belegschaft war ebenfalls zur Staatskanzlei gezogen, um die Politiker an ihre Verantwortung für die Arbeitsplätze zu erinnern und Herrn Reuter und Schrempp ihren Unmut zu zeigen. Leider brachte die „Elefanten-Runde“ nicht den gewünschten Erfolg. So lehnte die Daimler-Benz-Führung alle Angebote der Politiker ab. — (rms)



Lebensmittel statt Geld

Auswirkungen des neuen Asylbewerberberleistungsgesetzes

Fotos: af/mz

Zu den Lebensmitteln selbst: In diesen 2 Häusern leben 144 Asylbewerber aus über 20 Ländern mit sehr unterschiedlichen Ernährungsgewohnheiten. Wie wird dem Rechnung getragen?

Kaum. Wir bekommen zwar Kisten für 4 verschiedene Zielgruppen: Moslem Ira (Iran/Irak), Moslem Bangladesch, Hindu und Christen Europa, wobei nur die letzte Gruppe Schweinefleisch bekommt. Ansonsten unterscheiden sich diese Kisten nur wenig voneinander: Zum Beispiel in der letzten Lieferung für den 5. bis 8.11. bekommen alle:

250 g Reis
1,2 kg Kartoffeln
550 g Nudeln
1 kg Weißbrot
800 g Hähnchen
390 g Lammfleisch
1 Viertel Weißkohl
1 Zwiebel
500 g Möhren
3 Tomaten
6 Eier
3 Orangen, 1 Apfel
1 Glas Kirschmarmelade

Eintägiger Streik beim BFW in Schleswig-Holstein

Kiel. Annähernd 90 Mitarbeiter des Berufsbildungswerkes (BFW) des DGB in Schleswig-Holstein legten am Montag, dem 18. Oktober, für einen Tag die Arbeit nieder und trafen sich in Kiel. Sie kamen aus den Einrichtungen in Kiel, Heikendorf, Eckernförde, Büdelsdorf und Husum. In Neumünster fand eine Unterstützung des Streiks nach einer Betriebsversammlung keine Mehrheit. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV). Der Protest richtete sich gegen das Tarifangebot der Geschäftsleitung, das bei Neueinstellungen eine Verringerung der Gehälter vorsieht, die sich auf 800 bis 1000 DM beläuft. Die Fordeung der HBV liegt bei 5,5 % mehr Gehalt. (Aus: Lokalberichte Kiel, Nr. 23/93)

Stadt beschließt drastische Gebührenerhöhungen

Karlsruhe. Allein bei den Fahrpreisen machen die Erhöhungen zwischen acht und zwanzig Prozent aus. Nachdem die Umlandgemeinden durch Stadtbahn und Straßenbahn angebunden worden sind, wird jetzt abgefischt: allein für die Region-Karte werden 20 % mehr verlangt. Damit werden v. a. die getroffen, die mit der Straßenbahn zur Naherholung in die ländlichen Bereiche fahren. Genauso stark ist die Erhöhung für Einzelfahrscheine. Die Kosten für die Umweltkarte werden um 8,2 % erhöht. Der Preis des 24-Stunden-Tickets steigt um über 16 %. Weitere Gebührenerhöhungen sind bei der Müllabfuhr (8 %), den Kindergartengebühren und für Beerdigungen (18 %) beschlossen worden. — (map)

Demonstration gegen den Völkermord in Kurdistan

Karlsruhe. An der Demonstration „Gegen die Beteiligung der BRD am Völker-

mord in Kurdistan“, zu der das Kurdische Komitee Karlsruhe und verschiedene Leute aus antifaschistischen Gruppen aufgerufen hatten, beteiligten sich mehr als 400 Leute, darunter knapp die Hälfte Deutsche. Die Demonstration führte durch die Karlsruher Innenstadt zur Bundesanwaltschaft und zum türkischen Generalkonsulat. Mit Parolen und in den Reden forderte die Demonstration, daß die BRD die Waffenlieferungen an das türkische Regime einstellen muß und bekundeten ihre Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf. Vor der Bundesanwaltschaft wurde verlangt, daß die Völkermordanklage gegen bundesdeutsche staatliche Stellen und Rüstungsbetriebe endlich von der Behörde verfolgt werden muß. Statt die kurdischen Vereine in der BRD zu verfolgen und weiterhin die Verurteilung kurdischer Politiker in PKK-Prozessen zu betreiben, soll diese Behörde gegen die Verantwortlichen für die Waffenlieferungen an das türkische Regime ermitteln. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, anstatt mit Waffen und Krediten den Völkermord am kurdischen Volk zu unterstützen, Druck auf das türkische Regime auszuüben zur Einstellung des Völkermords und für Verhandlungen zwischen der Türkischen Republik und der PKK. Die Demonstration verlief ohne Zwischenfälle und endete mit kurdischen Tänzen und Musik. — (rub)

„Polizisten dürfen kritisieren“

Würzburg. Das Verwaltungsgericht Anfang November entschieden, daß Polizisten „berechtigten Unmut über Vergehen und schlechte Arbeitsbedingungen“ äußern dürfen.

Der klagende Polizeibeamte (Faz-Experte) aus Würzburg war 1992 bei Großinsatz zum Weltwirtschaftsgipfel in München eingesetzt. Er sei dort „angenehm aufgefallen“ und habe „umgestärkt“, berichtet die Mün-





1 Becher Natur- und 1 Becher Fruchtjoghurt

200g Frischkäse

1 Tafel Schokolade

11H-Milch

11 Orangenecht

1 Flasche Wasser.

Die Kisten für die Bangladesh-Moslems, die auch die Chinesen erhalten, unterscheiden sich von denen der Iran-Moslems dadurch, daß sie 250g Reis mehr, dafür aber 200g Kartoffeln weniger bekommen. Die Christen bekommen ebenfalls 200g Kartoffeln weniger, dafür aber 250g mehr Brot, und die Hindus bekommen für die 200g weniger Kartoffeln 500g rote Linsen.

So reduzieren sich aus der Sicht der Behörden die Unterschiede in den Eßgewohnheiten der Menschen dieser Erde auf den Anteil an Reis, Kartoffeln, Brot und roten Linsen.

■ Und wie ist es mit den Mengen?

Die überwiegende Zahl unserer Bewohner sind junge Männer zwischen 17 und 29 Jahren. Die essen z.B. ihr Brot zum Frühstück und Abendbrot in einem Tag und haben dann die restlichen 3 Tage kein Brot mehr, dafür aber Kirschjoghurt, die sie ihr Leben noch nicht gegessen haben. Es gibt eben diesen befrördlichen Einheitsmagen nicht, und schon gar nicht bei Menschen, die aus allen Teilen der Welt kommen.

■ Was bezeichnen ihrer Meinung nach denn die Verantwortlichen mit diesen Maßnahmen,

einfach Geld zu sparen oder noch mehr?

Das ist es ja nicht mal. Die Kosten liegen 40% über den vorherigen Kosten, bei denen die Asylbewerber Sozialhilfe bezogen haben. Das war ja mit 349,- bzw 449,- DM im Monat wenig genug. Damit konnten die Leute sich aber wenigstens Dinge kaufen, die sie auch essen wollten, konnten sich zum Einkauf zu mehreren zusammentreffen und ihr Geld selbst einteilen.

Jetzt bekommen sie dieses Einheitsessen und statt der Sozialhilfe nur noch 80 DM Taschengeld im Monat. Damit kannst Du entweder rauchen oder Straßenbahn fahren oder telefonieren und mal rausgehen, und das eigentlich auch nur 2 Wochen. Nein, der Sinn dieser Maßnahme ist nicht, Geld zu sparen, sondern Abschreckung. Es soll Flüchtlinge abschrecken, nach Deutschland zu kommen.

Als Nebeneffekt, der aber durchaus beabsichtigt sein kann, erreicht man noch eine Kriminalisierung der Asylbewerber. Zum Beispiel wird vermutlich die Zahl der Schwarzfahrer zunehmen: Wie soll sich denn jemand Arbeit suchen, wenn nach 4 Tagen bei täglich 2 Fahrten 50 % des Geldes weg sind?

■ Nochmal zur Verteilung der Kisten, ich sehe in Ihrem Büro einen Berg leerer Kisten und im Vorratsraum auf dem Flur noch viele volle und im Keller steht das Wasser. Während unseres Gesprächs sind sie 3x rausgeholt worden, um Nahrungsmittel oder Getränke auszugeben. Wie finden Sie Ihre neue Rolle?

Wir sind für 2 Häuser mit insgesamt 144 Männern 3 Betreuer und damit noch weit besser versorgt als andere Häuser. Wir versuchen schon, durch Ausgabezeiten morgens und nachmittags die Lauferei zu verringern. Aber wenn jemand kommt und nichts zu essen hat, kannst Du ihm ja nicht sagen, komm morgen wieder.

Die Leute haben ja auch keine Kühl-schränke, so daß man ihnen das Fleisch sowieso täglich ausgeben muß. So geht eben von der wenigen Zeit, die man für die Betreuung und Beratung der Leute zur Verfügung hatte, jetzt noch ein erheblicher Teil für diese Lebensmittelverteilung drauf.

■ Handhaben das jetzt eigentlich alle Bundesländer und Städte so?

Nein. In Baden-Württemberg werden schon seit längerer Zeit alle Asylbewerber, gleich, wie lange sie dort sind, mit Sachmitteln versorgt. Hamburg und Bremen haben sich erst mal geweigert, der Regelung zu folgen, und als einzelne Stadt nur Hannover.

Man wird sehen, was daraus wird. Wir hoffen alle, daß der Spuk in kurzer Zeit wieder beendet ist. Vielleicht sehen ja doch die Verantwortlichen ein, welchen Irrsinn sie da angerichtet haben.

Vielleicht trägt ja so ein Bericht dazu bei. Ich danke Ihnen für das Gespräch.

(aus: Lokalberichte Köln Nr. 23/93)



Köln. Eine Straße im Stadtteil Bickendorf erinnert an die türkische Frau Bahide Arslan, die in Mölln von Nazis umgebracht wurde. Der Bezirkvorsteher Rombey (SPD) ehrt auch das langjährige KPD-Stadtratsmitglied Johann Thomer durch einen Straßennamen. Thomer starb im Konzentrationslager Buchenwald. — (jöd)

der Polizeiführung nach Würzburg. Daraufhin wurde er vom Polizeipräsidium Unterfranken nach seiner Rückkehr aus der technischen Abteilung in den Streifendienst versetzt. Der Polizeibeamte klagte dagegen. Im Prozeß stellte er seine Kritik noch einmal dar: er habe in einem viel zu kurzen Bett schlafen müssen, es habe kein Frühstück gegeben und nur kaltes Wasser zum Duschen. Als Funkexperte sei er nur zu Hilfsarbeiten herangezogen worden. Das Gericht stellte fest, daß die Versetzung unrechtmäßig gewesen ist, und solange das Kritisieren nicht zum Dauerzustand werde, müsse die Polizeiführung solche Meinungsäußerungen hinnehmen. — (uh)

Müllermilch verliert gegen Raimund Kamm

Augsburg. Das Oberlandesgericht München hat in zweiter Instanz die Klage von Müller-Milch, Aretsried, gegen den

Landtagsabgeordneten Raimund Kamm aus Augsburg nach längerer Beratung brusk abgewiesen.

Müller hatte Kamm verklagt wegen dessen Äußerungen von 1991 auf einer Pressekonferenz in München. Laut einem Agenturbericht hatte Kamm behauptet, der Grundstoff Styrol der von Müller verwendeten Plastikbecher sei „nachgewiesenermaßen krebserregend“ und zu einem Boykott aufgerufen, zumal Müller für Erfrischungsgetränke durch Beimischung von Süßmolke die Rücknahme- und Pfandverordnung umgehen wollte. Der Senat sah in Kamms Äußerungen politische Werturteile, die durch das Grundrecht der freien Meinungsäußerung gedeckt sind. Meinungsäußerungen zum Müll — es komme nicht drauf an, ob sie „wertvoll oder wertlos, richtig oder falsch, begründet oder grundlos, emotional oder rational“ seien — dürften nicht durch existenzbedrohende Schadenersatzforderungen (Müller behauptete einen

„Umsatzrückgang von 3 Mio. DM“ gefährdet werden. Die Kosten des Rechtsstreits, angeblich 200000 DM, muß die Firma Müller tragen. — (mif)

Rot-Grün geplatzt — jetzt SPD und STATT-Partei

Hamburg. Nachdem die SPD bis zum Schluß nicht bereit war, in den Koalitionsverhandlungen auch nur an einem Punkt substantielle Abstriche von Voscheraus Standort-Essentials zu machen, sah sich die GAL am vergangenen Mittwoch gezwungen, die Verhandlungen abzubrechen. Damit hat Voscherau sich gegenüber dem mit „rot-grün“ sympathisierenden Flügel seiner Partei durchgesetzt. Die Handelskammer begrüßt umgehend Voscheraus „Standfestigkeit“ und forderte zu Verhandlungen mit CDU und STATT-Partei auf.

Die CDU erklärte ihre Bereitschaft zu Gesprächen auch über eine eventuelle Duldung eines SPD Minderheitssenats, „jedenfalls in existuellen Politikfragen der Stadt“. Markus Wegner von der STATT-Partei, mit der die SPD inzwischen verhandelt, sieht in den Eckpunkten Voscheraus keine Probleme. Er erklärte in bezug auf die Stadtfinanzen die Bereitschaft seiner Partei, bei notwendigen „sehr unbedeutenden“ Konsequenzen mitzumachen. Von der SPD forderte er im Gegenzug Entgegenkommen bei Punkten wie Bürgerbeteiligung und Verfassungs- und Verwaltungsreform „unter Kostenminimierung“. Stattdessen will die Wählergemeinschaft „unabhängige Experten“ für Senatsämter nominieren. Auf diesem Wege könnten Vertreter der Kapitalistenvverbände in den Senat einzutreten, wie Handelskammerpräsident Asche bereits öffentlich „angeregt“ hat. Der bisherige Wirtschaftsminister Krupp (SPD) wird ohnehin demnächst Präsident der Landeszentralbank für Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. — (ulj)

Gegen den Angriff auf die Schulzeit

Von Stefan Grunwald

Die organisierte Vertretung von SchülerInneninteressen, ein Kind der 60er, geht in das 25. Jahr ihrer wechselvollen Geschichte, und mit ihr auch ihre überörtliche Zusammenarbeit, aus der die LandesschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen (LSV NW) entstanden ist. Die Zeiten, wo auf Veranstaltungen der LSV NW gegen Versuche seitens der Bundesregierung, die DKP zu kriminalisieren, protestiert wurde, sind zwar vorbei, und auch die Aussage „der Sozialismus ist nicht das, was die Herrschenden aus ihm machen, sondern was das Volk geschaffen hat, um frei zu leben“ (Volker Franke, 1973) ist nicht unbedingt mehr konsensfähig, Kontinuität hat sie aber bewiesen in der Verteidigung des Rechtes auf Bildung und in der Forderung nach der integrierten Gesamtschule als einzige Schulform.

Daß die Verteidigung der SchülerInnenrechte heute mehr denn je notwendig ist und auch eine Verwurzelung in der SchülerInnenenschaft besitzt, hat die 50. Landesdelegiertenkonferenz der LSV NW mit gut 130 Delegierten und Gästen deutlich gemacht. Von den Auswirkungen des „Handlungskonzeptes der Landesregierung“ als Reaktion auf das sogenannte „Kienbaum-Gutachten“ gebeutelt, das Stundenkürzungen, größere Klassen und faktisch geringere Wahlmöglichkeiten in der differenzierten Oberstufe mit sich brachte, stehen die SchülerInnen vor der bundesweiten Gefahr einer Schulzeitverkürzung.

„Zur Sicherung des Standortes Deutschland“ hat nach Ansicht von Politik und Kapital auch die Bildung „einen Beitrag“ zu leisten. Wie dieser Beitrag aussehen soll, kann sich jeder ausmachen. Fällt ein Schuljahr weg, wird auf der einen Seite ein erhöhter Leistungsdruck die Folge sein, der insbesondere die SchülerInnen aus ärmeren Bevölkerungsschichten trifft, die nicht die Compensationsmöglichkeit der privaten Nachhilfe haben. Mit der von der SPD so oft beschworenen „Chancengleichheit“ ist dann endgültig Schluss. Auf der anderen Seite werden auch Unterrichtsinhalte gekürzt, die nach aller Erfahrung im geisteswissenschaftlichen und musikalischen Bereich liegen werden, sowie bei freiwilligen Neigungsangeboten. Schule wird somit immer mehr ihrer wahren Aufgabe in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung gerecht, junge Menschen möglichst preiswert für die Ausbeutung in den Betrieben zurechtzustutzen.

Die LandesschülerInnenvertretung hat auf ihrer 50. Landesdelegiertenkonferenz auf der Basis einer breiten Mehrheit in der SchülerInnenenschaft jeden Angriff auf die Schulzeit verurteilt. Um dem grünen Abbiegepfeil wäre die zwölfjährige Schulzeit der sonst verteuerten „sozialistischen Einheitsschule“ so ziemlich das einzige, was von der DDR überlebt hätte.

Die Delegierten der LSV NW bekunden auch ihre Solidarität mit den Studierenden, denen mit Studiengebühren und Zwangsematrikulation vielleicht noch erheblichere Eingriffe bevorstehen, weshalb der Aktionstag am 6. Dezember auch in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen allgemeinen Studiendenausschüssen gestaltet werden soll. Nicht zuletzt führt der bei einer Schulzeitverkürzung zu erwartende gestiegene Selektionsdruck zu einer Reduzierung von HochschulabsängerInnen, weil vielen Menschen die Chance, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen, geraubt wird.

(Stefan Grunwald ist Mitglied der LandesschülerInnenvertretung NRW)



Fotos: LandesschülerInnenvertretung NRW

Kurz berichtet**Aktionen in Berlin zum 9. November**

Ungefähr 50 Menschen besetzten am Dienstag die zentrale Gedenkstätte Neue Wache in Berlin. In einer Erklärung hieß es: „... In dieser „Zentralen Gedenkstätte“ finden wir alle beispielhaft genannten Personengruppen unterschiedlich als „Opfer“ wieder. Neben der Hauptinschrift „Den Opfern von Krieg und Gewalttäterschaft“ wird auf einer zusätzlichen Tafel ausgeführt, daß gleichzeitig „der Gefallenen der Weltkriege“ und „der Millionen ermordeter Juden“ gedacht wird. Im Deutschland von 1993 müssen die Unterschiede erklärt werden: Wieviele von denen, derer wir gedenken sollen, haben als Angehörige der Deutschen Wehrmacht an der Liquidation von Ghettos, Dörfern und ganzen Städten, an den Massenmorden an der Zivilbevölkerung in allen überfallenen und besetzten Ländern Europas teilgenommen, haben zumindest den SS-Sonderabteilungen ihre Opfer zugetrieben und sind anschließend „gefallen“? Die meisten Organisationen von Überlebenden des NS-Terrors haben bereits erklärt, daß sie der Einweihung fernbleiben werden. Polizei räumte die Neue Wache noch am Dienstag. Mehrere tausend Menschen nahmen an einem Demonstrationszug teil, der unter dem Leitspruch „Schtejt nit, Brüder, lescht dos Faier“ durch die ehemals von jüdischen Mitbürgern bewohnten Stadtgebiete ging. Zu der Aktion hatte die antifaschistische Initiative Moabit aufgerufen. An der Gedenkstätte auf der Pultitzbrücke, wo die Verladung zehntausender Juden zum Abtransport in die KZ's erfolgte, endete die Demonstration. — (chk)

Jeder Bombenabwurf ist einer zuviel

Wittstock. An den regelmäßig seit etwa zwei Jahren von der Bürgerinitiative „Freie Heide“ organisierten Protestwanderungen gegen die weitere Nutzung des Bombenabwurfpfades Wittstock beteiligten sich am 31. Oktober erneut 1000 Anwohner. Ihr Versuch, die Protestwanderung über den Bombenabwurfpfad — wie früher — zu führen, wurde von Polizeikräften verhindert, worauf die Teilnehmer mit einer kurzen Sitzblockade reagierten.

Auf einer ebenfalls stattfindenden Kundgebung sprach sich Ministerpräsident Stolpe gegen die weitere Nutzung des Übungsplatzes aus. Er sagte zu, nicht mehr mit der Bundeswehr über Arbeitsplätze und Kompromißlösungen zu verhandeln. Die Landesregierung war kritisiert worden, daß sie ihre Zusagen, rechtliche Schritte einzuleiten, nicht eingehalten habe. Inzwischen ist Brandenburg im Bundesrat tätig geworden. Ein Entschließungsantrag, der von den anderen SPD-regierten Bundesländern unterstützt wurde, ist zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden. — (har)

Keine rechtsradikale Kandidatur in Frankfurt/O.

Frankfurt/Oder. Unter den zu den Kommunalwahlen am 5. Dezember in Frankfurt/Oder antretenden Parteien befinden sich keine rechtsradikalen oder faschistischen Organisationen. Die DVU hatte zwar Wahlunterlagen beantragt, sich aber nicht in die Liste eingetragen, so die Auskunft des Wahlleiters. Um die 46 Sitze des Stadtparlaments bewerben sich 195 Kandidaten aus PDS, CDU, SPD, FDP, BürgerBündnis (Nachfolgerin des Neuen Forums), Bündnis 90/Grüne, „Frauen für Frankfurt“ und KPD. Frankfurt/Oder ist die größte Stadt in Brandenburg. — (har)

Konferenz der PDS gegen politische Strafverfolgung

„Ich habe nichts gegen Klassenjustiz. Mir gefällt nur die Klasse nicht, die sie macht. Und das sie noch so tut, als sei das Zeug Gerechtigkeit — das ist hart und bekämpfenswert.“ Der Ausspruch Kurt Tucholskys war eine Art Leitmotiv der PDS-Konferenz „Siegerjustiz über die DDR? — Schluß mit der politischen Strafverfolgung in Ostdeutschland“, die am 13. 11. 93 in Berlin stattfand. Aufgerufen und vorbereitet wurde sie von Uwe-Jens Heuer, MdB, PDS/Linke Liste im Bundestag, und Michael Schumann, MdL, Parteivorstand der PDS. Lothar Bisky, Vorsitzender der PDS, der die Konferenz eröffnete, unterstützte im Namen einer Gruppe von Mitgliedern des Bundesvorstandes das Anliegen der Konferenz.

Heuer nannte es explizit: Die These vom Unrechtsstaat DDR sei kein wissenschaftlicher oder rechtlicher Begriff, sondern ein ausgemachter politischer Kampfbegriff, gegen den es vorzugehen gelte. Heuer stützte sich dabei auf eine Erklärung der 2. Tagung des 3. Parteitag der PDS zur politischen Strafverfolgung in Ostdeutschland, in der eine Wende in der Rechtspolitik gefordert wurde. „Notwendig sei eine Politik, die im Interesse der Gestaltung der deutschen Einheit auf Versöhnung setzt und keine rechtliche oder andere Diskriminierung der Ostdeutschen zuläßt.“

Sowohl in der Diskussion als auch in den Beiträgen Betroffener kam auf der Konferenz zum Ausdruck, daß Recht gebrochen wird und einmal gegen Anwendung der DDR-Gesetze geklagt wird, ein andermal wegen ihrer Nichtenwendung. Rechtsanwalt und Rechtswissenschaftler Axel Azzola, Darmstadt, nannte es so: Von keinem Bürger könne man verlangen, Diener zweier Herren zu sein. Deshalb könnten vermeintliche und wirkliche Straftaten nur nach in der DDR geltendem Gesetz verhandelt werden. Er wandte sich scharf gegen die — wie er es nannte — „ungeheuerliche Rechtsbeugung“ in vielen Prozessen gegen DDR-Bürger. Die Forderung Heuers, die politische Strafverfolgung zu beenden, fand ungeteilte Zustimmung wie auch der Aufruf zur verstärkten Solidarität mit denen, die ungerechtfertigt von dieser Justiz bestraft werden sollen. — (abe)



Insgesamt 17 Postämter sind zum 1. November in ganz Berlin geschlossen worden, nach Auffassung der Postgewerkschaft ist dies erst der Anfang. Aus diesem Anlaß rief sie zur Kundgebung vor dem in Schöneberg von der Schließung betroffenen Postamt am Innsbrucker Platz auf, an der auch der Bezirksbürgermeister teilnahm. Er habe über 1000 Protestschreiben von empörten Anwohnern erhalten; seine Versuche, mit der Postdirektion Gespräche aufzunehmen, seien gescheitert. Geschlossen wurde auch das Postamt 460 am Kamenzer Damm in Lankow, das eines der wenigen behindertengerecht ausgebauten ist. Am letzten Öffnungstag besetzten Rollstuhlfahrer das Postamt (siehe Bild). Auch ihre Forderung nach Gesprächen mit der Postdirektion blieb ohne Gehör. — (har, Bild: Berliner Link Nr. 44/93)

Die sächsische Staatsregierung hat dem Landtag ein Privatisierungskonzept vorgelegt, in dem fast alles, was jetzt noch kommunaler Einflussnahme unterliegt, privatisiert werden soll. In der Debatte im Sächsischen Landtag legte Dr. Michael Friedrich den Standpunkt der Fraktion Linke Liste — PDS dar, den wir im folgenden leicht gekürzt dokumentieren.

Es ist wirklich eine Farce, daß in diesem schönen Gebäude hier scharfe Rededuelle über einen einzig zum Zwecke der glorifizierenden Selbstdarstellung der Staatsregierung gestellten Antrag ausgetauscht werden, während sich selbige gelassen zurücklehnen kann. Hier wird das Parlament für eine Alibi-Funktion missbraucht, damit die Staatsregierung auf dem Verordnungsweg ihre Privatisierungskonzeption auf die Kalte exekutieren kann. Kein Landtag aus den alten Bundesländern würde so mit sich umspringen lassen!

Wirklich schlimm, ja man muß schon sagen hinterlistig aber ist die Tatsache, daß jetzt auf einmal so getan wird, als sei gerade eben erst das Privatisierungskonzept erarbeitet worden, das den Startschuß freigibt. Die Wahrheit aber ist doch, daß gerade auf der kommunalen Ebene die Privatisierung längst läuft, und zwar ebenso massiv und brutal wie die Zwangsprivatisierung von Wohnungen. CDU-Fraktion und Staatsregierung haben auf die Macht des Faktischen gesetzt; haben etwa ein Sächsisches Eigenbetriebsgesetz ganz bewußt verschleppt und stattdessen ruhig zugesehen, wie das noch von der letzten Volkskammer beschlossene, vorbildliche Kommunalvermögensgesetz, das schon durch den Einigungsvertrag arg gerupft wurde, in Sachsen außerordentlich träge zum Zuge kam.

CDU-Fraktion und Staatsregierung haben auch gerade auf der kommunalen Ebene ganz bewußt ein Klima der Unwissenheit und Naivität in bezug auf die Folgen der Privatisierung von Verwaltungsaufgaben zugelassen, sie haben auf die natürlich vorhandene Angst und auch auf den vorausseilenden Gehorsam gesetzt, um nun die Mausefalle zu schnappen zu lassen. So soll im Freistaat Sachsen möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit einer der Stützpunkte der kommunalen Selbstverwaltung weggebrochen und die noch vorhandenen Reste des Solidarprinzips auf der kommunalen Ebene durch das nackte Konkurrenzprinzip abgelöst werden.

Ich werde diese politische Wertung im folgenden kurz begründen.

Argumente gegen Privatisierungen

Sind durch die Privatisierung wirklich mehr Freiheit und weniger Bürokratie zu erwarten, wie die CDU vorgibt? Im Gegenteil, Privatisierung verschlechtert die Lebens- und Arbeitsbedingungen der betroffenen Beschäftigten und verschlechtert, verteuert oder verringert gerade die öffentlichen Dienstleistungen, auf die Arbeitnehmer und Bezieher kleinerer Einkommen angewiesen sind.

FAZIT: Privatisierung schränkt die konkrete Freiheit vieler zugunsten der großen Freiheit weniger auf rücksichtloses Ausbeutung ein.

Und wie steht es mit der Bürokratie, die ja angeblich nur in der öffentlichen Verwaltung wuchern soll? Privatisierung trifft von der Natur der Sache her vor allem den Arbeitbereich des öffentlichen Dienstes, also Straßenwärter, Müllwerker, Arbeiter und Arbeiterinnen in den Wäschereien, Reinigungsdiensten, auf Bussen und Bahnen — weniger Bürokratie? Im Gegenteil: Privatisierung schafft Bürokratie, weil der Steuerungs- und Kontrollaufwand nach Heraustrennung einer Aufgabe aus dem öffentlichen Dienstleistungsbereich meist noch zunimmt. Dafür gibt es in den alten Bundesländern genügend negative Beispiele. Sollte es in Sachsen anders sein?

Wird die Privatisierung mit den Privilegien aufräumen, die der öffentliche Dienst angeblich innehat? Ich meine, die Privatisierung erfährt gerade die Arbeitnehmergruppen, die ohnehin am unteren Ende der Beschäftigtenhierarchie rangieren — sind das etwa Privilegierte? Privilegiert sind statt dessen viele kleine und mittlere Unternehmer, die sich zu Lasten der Beschäftigten und meist auch der Allgemeinheit eine goldene Nase verdienen.

Also doch mehr echte Marktwirtschaft durch die Privatisierung, wie die CDU vorgaukelt? Nur in den seltensten Fällen tritt an die Stelle der öffentlichen Dienstleistung das sogenannte freie Spiel von Angebot und Nachfrage, das gesamtwirtschaftlich angeblich so heilsame Wirkungen hat. Tatsächlich werden häufig entweder private Monopole oder unterschiedliche Formen staatlich abgesicherter Gewinnerzielung geschaffen, da meist die letztendliche Verantwortung dem Staat weiter erhalten bleibt. Mit dem schönen Nebeneffekt der absoluten Risiko-Minimierung für den Privaten. Denn — so makaber das klingt, aber es ist die Realität — Tote gibt es immer zu bestatten, Unfallopfer sind immer zu versorgen, Müll ist immer zu beseitigen. Wie schön, wenn der Staat oder die Kommune dann wenigstens für das Risiko einsteht!

„Rosinenpicken“**Zum CDU-Antrag auf Privatisierung in Sachsen**

Sollte die CDU und auch die F.D.P. nicht wenigstens ehrlichkeitshalber zugeben, daß hinter der ideologischen Privatisierungsoffensive vor allem auch konkrete Wirtschaftsinteressen stehen, aber auch eine zu vordergründige Interessiertheit an Kosteneinsparungen seitens vieler Politiker und Kommunalverwaltungen?

Als gut geöltes Scharnier zwischen beiden wirkt in den alten Bundesländern der sogenannte Privatisierungsfilm und der dazugehörige Lobbyismus. Beides wird auch in Sachsen nicht lange auf sich warten lassen!

Werden die Kosten durch die Aufgabenprivatisierung nur vertretbar steigen, wie die CDU verspricht? Durch Privatisierung entstehen eine Vielzahl teils verdeckter, teils offen zu Tage liegender Übergangs- und Nebenkosten. Da werden den Privatfirmen staatliche Gebäude und Einrichtungen weit unter Wert überlassen, da übernehmen die Kommunen unentgeltlich die verschiedensten Vorleistungen oder gewähren versteckte Subventionen.

Privatisierung ist auf den zweiten Blick meist viel teurer als auf den ersten. Dies gilt um so mehr, wenn die gesamtwirtschaftlichen Folgekosten von Privatisierung einbezogen werden. Privatunternehmer interessieren sich nur für betriebswirtschaftliche Kalkulation und versuchen, einen möglichst hohen Kostenanteil auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Vor allem die Sozialversicherungsträger wären die Geschöpfe.

Bringt die Privatisierung qualitativ bessere Leistungen, wie die Staatsregierung glauben machen will? Auch hier besagen die Erfahrungen der alten Bundesländer, daß mit jeglicher Privatisierung teilweise massive Einschränkungen, Verschlechterungen und Verteuerungen des öffentlichen Dienstleistungsangebotes einhergehen. Ich will hier gar nicht erst das Duale System oder TELEKOM bemühen. Dies gilt beispielsweise auch, wenn nach der Privatisierung die Sauberkeit in öffentlichen Krankenhäusern nicht mehr garantiert werden kann, wenn im Kranken- und Rettungstransport das Personal nicht mehr ausreichend qualifiziert ist, wenn im Personennahverkehr Bedienungshäufigkeit, Zuverlässigkeit und Beförderungssicherheit nachlassen oder wenn in privatisierten Kindergärten der Nachmittagsbetrieb eingestellt wird oder die Gruppenstärke pro Erzieher steigt.

Übrigens, daß die Gebäudereinigung sinnvoll privatisierbar ist, vermögen die meisten sicherlich noch nachzuholzen. Was aber ist ein privatisierter Hausmeister? Ist er überhaupt noch ein Hausmeister nach Buchstaben und Geist dieses Begriffes, oder darf er fortan jedes freundliche Gespräch und jede kleine Hilfeleistung über ein Punktesystem für den Lohnzettel abrechnen?

Schließlich, hat die Privatisierung für den Arbeitsmarkt vertretbare Folgen, wie die CDU versichert? Unmittelbare Folgen der Privatisierung entstehen für

die im öffentlichen Dienst Beschäftigten durch Umsetzungen, insbesondere über Gestellung an Privatfirmen und bisweilen auch durch privatisierungsbedingte Kündigungen.

Besorgniserregender noch sind die mittelbaren Folgen, die Auswirkungen unter dem Strich:

Die Erfahrungen aus Niedersachsen — übrigens war damals Frau Breuel verantwortlich, und sie scheiterte mit ihrem Konzept — zeigen folgendes: Von hundert durch Privatisierung im öffentlichen Dienst vernichteten Arbeitsplätzen werden nur 50 bis 70 im privaten Bereich neu geschaffen bzw. erhalten. Unter dem Strich werden durch Privatisierung also 30 bis 50 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet. Das gilt in eher noch stärkerem Maße auch für Ausbildungsplätze. Das „soziale Niveau“ der verbleibenden Arbeitsplätze sinkt: Lohn und Gehalt der ohnehin unteren Einkommensgruppen liegen nach der Privatisierung in fast allen Bereichen deutlich niedriger. Die Arbeitsbedingungen (tägliche Arbeitszeiten, Arbeitsintensität, Arbeitssicherheit) sind im privatisierten Bereich drastisch schlechter. Einfluß- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sind nach Privatisierung erheblich geringer. Gewerkschaftliche Organisations- und Betriebsratswahlen werden häufig unterbunden. Der Arbeitnehmer gilt hier vielfach wieder nur noch als das, was er für den Arbeitgeber eigentlich ist, nämlich als Ware Arbeitskraft.

Am gravierendsten aber für uns ist die Tatsache, daß durch die von der Staatsregierung verfolgte Privatisierungspolitik die politischen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume auf der kommunalen Ebene rigoros eingeschränkt werden. So stellt der ÖTV-Landesbezirk Sachsen fest, daß „die Privatisierungsbestrebungen der Staatsregierung weit über die bisher bekannten Modelle aus den alten Bundesländern hinausgehen“. Das betrifft sowohl die entsprechenden Bereiche als auch den Privatisierungsgrad. Wir können diese Einschätzung nur teilen, um so mehr, als sich die Staatsregierung offenbar mit der sogenannten Organisationsprivatisierung — also den Eigen- und Beteiligungsgesellschaften — nicht zufrieden geben will und die ganz radikale, also die materielle Aufgabenprivatisierung favorisiert.

Immer mehr an Eigentum und an politischen Gestaltungsspielräumen wird dann dem Zugriff des Staates bzw. der Kommunen entzogen werden.

Ich sehe den Tag kommen, da der Gemeinderat lediglich noch über Wappen, Siegel und Ehrenbürgerrechte beschließen kann. Ist das dann noch kommunale Selbstverwaltung im Verständnis des Artikels 28 Grundgesetz bzw. der entsprechenden europäischen Charta?

Auch meine Fraktion kann sich weniger Staat, vor allem weniger Bürokratie und weniger Privilegien vorstellen — warum aber fängt man damit nicht auf Bundes- und Landesebene an und zerstört stattdessen die sich gerade erst herausbildenden kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen? Natürlich sind auch wir für konsequente Aufgabenkritik und eine schlanke Verwaltung, für Verwaltungsrationalisierung — aber wieso, zum Teufel, muß eine frontale Privatisierungswelle darauf die einzige Antwort sein?

Würde das Konzept der Staatsregierung konsequent umgesetzt werden, ginge auch ein gut Teil an noch vorhandenen Solidarstrukturen auf kommunaler Ebene zu Bruch. Diese Bringepflicht der Kommunen für einfach notwendige Leistungen der Daseinsfürsorge läßt sich nicht privatisieren.

Täte man es dennoch, geriete das ganze komplizierte Geflecht der Vernetzung der kommunalen Strukturen, des Ausgleichs zwischen defizitären Bereichen (etwa der Kultur und sozialer Leistungen) und solchen, die Gewinn versprechen (etwa Energie- und Wasserwirtschaft, Stadtwerke) außer Kraft. Stattdessen würde es in vielen Bereichen zu einer Strategie des Rosinenpickens privater Firmen kommen. Diese treten den in Konkurrenz zum staatlichen Dienstleistungsangebot, wo Gewinne zu erzielen sind und halten sich in Bereichen, die nicht einmal eine Kostendeckung ermöglichen, vornehm zurück. Dies müßte dem Staat verbleibenden Aufgaben zum Schaden aller verteuren.

Das wäre nun wirklich die vollendete Deregulierung im sozialen Bereich, der Abschied des Staates und der kommunalen Selbstverwaltung von der sozialen Fürsorgepflicht, die Reduktion des Staates zum reinen Ordnungsinstrument. Das wären nun wirklich „amerikanische Verhältnisse“! . . .

Im Konzept der politisch Regierenden, blitzartig und radikal alle positiven Erinnerungen an die DDR auszulösen, stellen die Zerstörung von kulturellen Stätten als Punkte von Identität sowie die Zermürbung des Selbstbewußtseins der Ex-DDR-Bürger zwei entscheidende Säulen dar. Die Fakten sind bekannt, eine Aufzählung erübrigt sich. Doch es beginnt sich ein gegenläufiger Prozeß abzuzeichnen. Mit der Forcierung zur Verteufelung der DDR wächst auch die Rückbesinnung auf sinnvoll gelebtes Leben.

Es gibt Anzeichen für die sich verstärkend durchsetzende Erkenntnis, Entscheidungen für die Gesellschaft und das Land, die auch unmittelbaren Einfluß auf das Leben jedes Einzelnen haben, nicht nur den Politikern zu überlassen. Das äußert sich im wachsenden Widerstand, in konkreten Aktionen für die Sicherung eigener Existenz- und Lebensinteressen, in denen sich als unmittelbarer Gegner immer faßbarer westdeutsche Kapitalinteressen und personifizierten Vertreter herauschälen.

Aktionen der Bischofroder Kalikumpel, der Lautsitzer Braunkohlekumpel gegen das Potsdamer Stadtparlament, der Mecklenburger Bauern gegen die EG-Entscheidungen zu Flächenstilllegungen sind jüngste Beispiele. Selbst wenn sie nicht zu vollen Erfolgen führen oder sogar mit Niederlagen endeten, waren sie doch wichtige Signale, wie zukünftig ostdeutsche Interessen zu verteidigen sind. Ohne diesen Widerstand hätte das westdeutsche Kapital wohl längst weitere Fakten in seinem Feldzug gegen die Wirtschaft der Ex-DDR geschaffen.

Auch in vielerlei Begegnungen zeigt sich wachsendes Bewußtsein der DDR-Deutschen im Umgang mit den (Alt-)BRD-Deutschen. So wenn ein Professor, der nach wie vor im aktiven Dienst steht, die Frage aufwirft, ob wir uns für die Vereinigung nicht einen anderen Staat hätten wählen sollen, als jenen, der Industrie und Landwirtschaft im Osten

zerstört und vor allem kein Geld für Bildung und Kultur hat. Oder wenn junge Frauen, die sich zu einem Lehrgang in Frankfurt/Main aufhalten, ungeniert äußern, sie hätten den Untergang des Sozialismus erlebt und wollten nun auch den Untergang des Kapitalismus erleben, was Wessis nicht wenig irritierte.

Interessant auch das Gästebuch im Rathaus Berlin-Mitte, das zur Begleitung des Architektur-Entwurfes der „Neugestaltung“ des Alexanderplatzes ausliegt, der einen totalen Abriß des zu DDR-Zeiten gestalteten Platzes bedeuten würde. Ärger und Frustration vieler Bewohner des Areals, die im Ergebnis dieser „Neugestaltung“ vertrieben würden, spiegelt sich dort wider. Eine Inschrift endet so: „Unseren Haß können sie haben, aber unser Lachen lassen wir uns nicht nehmen.“ Dieses öffentlich ausliegende Buch war den Autoren des

Mißstände unter Kritik

Leserbriefe im Osten zeigen wachsendes Selbstbewußtsein

Projektes ein Dorn im Auge. Nach einer Einwohnerversammlung, auf der Bausektor Volker Hassemer deutliches Feuer erhielt, war das Buch plötzlich verschwunden. Jetzt kann der Besucher seine Meinung nur noch in einer Urne werfen — eine öffentliche Diskussion findet also kaum noch statt. Welch panische Angst hat die Regierenden inzwischen

vor des Volkes Meinung erfaßt!

Ein weiteres Beispiel zur versuchten Kolonialisierung und zur kulturellen Verarmung des Ostens war der Beschuß des Berliner Senats, die Reptilien und Gifschlangen aus dem Tierpark (Berlin Ost) in den Tierpark (Berlin West) zu verlagern. Tausende Unterschriften, Aktionen und Initiativen in Ostberliner Stadtparlamenten führten zur Annahme des Beschlusses. In den sofort nach Bekanntwerden der versuchten Verlagerung eingeleiteten Protestaktionen zeigten sich erste Lehren aus Widerstandsbewegungen der Vergangenheit, nicht mehr zu warten und auf Verhandlungsbereitschaft zu setzen, was meist immer zur Durchsetzung der Meinung der Regierenden geführt hatte.

Wachsendes Selbstbewußtsein läßt sich auch aus ostdeutschen regionalen Medien ablesen. Die Leserbriefrubriken nehmen unterschiedlichen Raum in ihnen ein. Bedeutend sind die *Märkische Allgemeine* (Potsdam) sowie die *Sächsische Zeitung* (Dresden) mit täglich erscheinenden Leserbriefrubriken.

Neben der Kritik an Mißständen vor Ort und der Verärgerung über ungelöste Probleme, die die Lebensqualität der Menschen unmittelbar beeinflussen, äußern sie sich verstärkt zu grundlegenden Fragen deutscher Innen- und Außenpolitik. Sie belegen eine hohe Fähigkeit zu tiefegehender Analyse der gegenwärtigen Misere. Konkreter werden auch dafür unmittelbar Verantwortliche genannt und Antworten eingeklagt.

Die Leserbriefseiten belegen, selbst wenn sie von einer Noch-Minderheit „gestaltet“ werden, wachsende Zivilcourage, eine unter den Deutschen in deutscher Vergangenheit wenig ausgeprägte Eigenschaft. Mögen sie Impuls ein, daß nicht wieder schweigende Mehrheiten deutsche Geschichte entscheiden.

Im folgenden einige Beispiele aus Leserbriefseiten, eine lose, nicht repräsentative Auswahl aus der Regionalpresse zu unterschiedlichen Themen. — (KC)

Nordkurier, 9. 9. 93: „Prozesse erinnern an Hexenjagd“

„So einfach ist es in diesem „Rechtsstaat“ BRD: Eine Kammer des Landgerichtes Neubrandenburg setzt einen in der DDR rechtskräftig verurteilten Nazi-Mörder auf freien Fuß. Es ist schon sehr pikant, daß dieser Verbrecher unter Berufung auf das „SED-Urechtsbereinigungsgesetz“ frei kam. Der Staatsanwalt fand keine Fehler an dem damals von dem DDR-Gericht gefällten Urteil. Das Gericht fand ..., die bisher seit 1979 verbüßte Strafe sei genug. Das ist ein Skandal ... Es gibt in der Justiz der BRD durchaus die Neigung, politische Rechnungen zu begleichen und die DDR-Zeit insgesamt als verbrecherisch zu stigmatisieren. Man ist erinnert an Hexenjagd ...“ (Gerd Böttger, Schwerin)

Berliner Zeitung, 24. 10. 93: „Kein Umdenken“

Nach drei Wochen Denkpause nennt der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die innere Zerrissenheit der Deutschen einen der Gründe für das Scheitern der Berliner Olympiaberührung ... Ich weiß, daß man im IOC sehr befremdet ist, mit welchem Denunzianteneifer und Konkurrenzneid einige deutsche Sportfunktionäre, Medien und Politiker gegen Sportler der DDR nach dem Tag der Einheit vorgingen.

Zweitens fühlte sich das IOC der DDR moralisch nahe, denn in diesem Staat hatte der Sport und die olympische Idee eine große Rolle gespielt ... Drittens bot Berlin dem IOC nicht das Bild einer Revision des Ungeistes von 1936 ... Diese Gründe blieben vielen deutschen Politikern bisher unerkannt ...

(Prof. Dr. Heinz Odermann, Berlin-Marzahn)

Nordkurier, 30. 9. 93: „Vermittlung eines Geschichtsbildes“

In der kürzlich abgehaltenen Bundestagsdebatte forderte ein Redner, in den Schulen doch nun endlich mit der Vermittlung eines Geschichtsbildes zu beginnen. Sogleich demonstriert eine mecklenburgische Bildungseinrichtung, was darunter zu verstehen ist.

Das Gymnasium in Mirow erhielt den Namen einer Prinzessin. Als Verdienste der Dame Sophie Charlotte werden dem Leser mitgeteilt: Prinzess-

Märkische Allg. Ztg., 20. 10. 93: „Super-Wahljahr begann“

Ich ärgere mich nicht über Lafontaine. Er hat ja recht aus seiner Sicht. Vielmehr ärgere ich mich über die Entrüstung meiner naiven Landsleute im Osten. Lafontaines Ausspruch ist der Beginn des angekündigten Superwahljahrs. Und dieser Wahlkampf wird in den alten Bundesländern entschieden ... Es ist doch viel leichter und auch populärer, diese in ihrem Besitzstanddenken zu unterstützen als die wenigen, immer nörgelnden Ossis, die zu dem noch immer ungenügend die zahlenmäßig schwachen Landesverbände der SPD annehmen.

Lafontaines Ausspruch reicht sich in weitere Versuche zur Entsolidarisierung zwischen Ost und West. Erinnert sei nur an Bischofferode. (Thomas Wagner, Gransee)

„Sächsische Zeitung“, 26. 10. 93: „Bitter: In die Ecke gestellt“

Ich wurde am 31. 12. 91 in der zweiten Kündigungswelle vom Oberschulamt Dresden als Lehrer gekündigt ... Von 1985 bis 1990 war ich Schulinspektor und durfte dann anschließend an 21 Dienstjahre wieder eineinhalb Jahre als Lehrer in der Schule arbeiten. Die Eltern der Kinder gaben ihre Unterschriften gegen die Kündigung ... Alles das nützte nichts ... Ich habe mich mit der Tatsache teilweise abgefunden, daß mich der Freistaat Sachsen nicht mehr will und arbeite jetzt in einem Kinderheim in Schleswig-Holstein ... Ich habe ein sehr gutes Arbeitszeugnis erhalten und werde nun anstreben, meinen „Fall“ zum Bundesarbeitsgericht zu bringen. (Regina Potrich, Wyk auf Föhr)

Thüringer Allg. Ztg., 26. 10. 93: „Angst vor Arbeitsplatzverlust“

Man könnte meinen, daß Herr Minister Seehofer nur die Pharmaindustrie vertreten. Für viele ist es doch kaum noch möglich, Medikamente zu bezahlen. Seit 1977 bin ich Schriftstellerpatient und benötige täglich vier verschiedene Arzneimittel. Wenn ich dann noch lese, daß 25 % der arbeitenden Bevölkerung aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sich nicht trauen, eine Kur zu beantragen, ... dann frage ich mich: Was für einen Sozialstaat haben wir denn eigentlich? (Joachim Wolter, Erfurt)

Berlin

Die PDS auf dem Weg in den Wahlkampf

Die Berliner PDS führte am 30. und 31. 10. 1993 die erste Tagung des 4. Landesparteitages durch.

Schon bei der Vorbereitung dieser Tagung wurde deutlich, daß sich die Berliner PDS-Organisation auf dem Parteitag um ein deutlicheres inhaltliches Profil in Richtung Europa- und Bundestagswahlkampf bemühte. Dabei wurde insbesondere noch einmal durch den Demokratischen Delegiertenrat der Westberliner PDS-Gruppen der Versuch unternommen, die Wahlstrategie des Bundesparteitages nach offenen Listen für die Wahlen zu umgehen. Eine deutliche Parteitagsmehrheit sprach sich über alle Richtungen hinweg für die Verwirklichung der Bundesparteitagsstrategie aus.

Richtungskämpfe blieben so auch bei der Beschußfassung eines Strategiepapiers „Für ein Berlin der Menschen — nicht der Macht“ weitgehend aus. Wenn auch viele Änderungsverträge deutlich machten, daß es nach wie vor in der pluralistischen PDS schwer fällt, einen erstrittenen Konsens inhaltlich mitzutragen, so richteten sich die meisten Diskussionsangebote gegen die Bundes- und Senatspolitik. Massiv wurde der Sozial- und Kulturbau, die Arbeitslosigkeit, die Deindustrialisierung und mangelnde Mitbestimmung der Berliner Bezirke in Richtung der Berliner Verwaltungsreform kritisiert. Der Parteitag unternahm den Versuch, eigene Alternativen zu entwickeln und politische Akzente im Zusammenhang mit der Olympianderlage des Senates und mit dem geplanten Umzug der Bundesregierung zu setzen. Der Parteitag sprach sich dafür aus, nur einen Berlinumzug zu befürworten, der sozial verträglich und finanziell barstbar bleibt.

In der Diskussion wurde insbesondere von den Mitgliedern der PDS-Abgeordnetenhausfraktion die unterschiedliche Sicht von „Gestaltern“ und „radikalen Verweigerern“ deutlich. Trotzdem sprachen sich beide Richtungen für das vorliegende Strategiepapier aus. Mit großer Mehrheit forderten die Delegierten den sofortigen Stopp aller sogenannten Olympia-Sofortbaumaßnahmen und schlugen vor, stattdessen Schwimmhalle und in den Parlamenten unterstützen.

Mit der Wahl des neuen Landesvorstandes, in dem bis auf die Vertreter des Delegiertenrates Westberlins alle politischen Richtungen vertreten sind, ist die Grundlage für einen offensiven Wahlkampf bei Einbeziehung aller linken Kräfte in Berlin gegeben. — (KJD)

Reichsbahn

Das Unternehmen „schlanke“ Reichsbahn

Mit spontanen Arbeitsniederlegungen im Sommer reagierten Reichsbahner auf den andauernden personellen Kahlschlag. Von ursprünglich etwa 260 000 Beschäftigten werden zum Jahresende noch rund 140 000 in Lohn und Brot stehen. Ein (leicht gekürzter) Bericht aus *bessere bahn* Nr. 2/93.

Fast so rasant wie der ICE (mitunter fahrt, vollziehen sich die Veränderungen bei der deutschen Reichsbahn ... Die „schlanke“ Bahn ist angesagt ...

Durch die z. Zt. stattfindende überfeste Rationalisierung schwindet die Fähigkeit der Bahn, auf Störungen im Netz zu reagieren:

— Wichtige Überleitstellen, die im Störungsfall den Gleiswechsel zwischen den Bahnhöfen ermöglichen, fallen einer rigorosen Sparoffensive zum Opfer.

— Nach der forcierten Überzentralisierung haben nun die Betriebszentralen oft ein Streckennetz von mehreren hundert Kilometern. Man konzentriert sich auf das wesentliche Hauptnetz. Doch was ist mit dem Rest?

— Eine Vielzahl von reichsbahneigenen Vermessungs-, Projektierungs- und Ingenieurbüros wurden privatisiert. Die jetzt zu marktüblichen Preisen eingeschafften Leistungen (+ 15 % MWSt) kommen die Reichsbahn meist teurer, als wenn man eigene Leute daran arbeiten läßt.

— Entgegen den Äußerungen von Bahnchef Dürr, wonach keine Streckenstilllegungen erfolgen, werden einige Nebenbahnen aufgrund ihres Gleiszustandes ohne Aufhebungsfrist gesperrt. Eine smarte Art der Stilllegung — ohne das dafür vorgeschriebene nötige Verfahren nach dem Bundesbahngesetz.

Die Reichsbahn hatte 1989 eine im Vergleich zur Bundesbahn sehr hohe Beschäftigungsquote ... Die Gründe ... waren u.a.: Der enorme Güterverkehr auf der Schiene in der DDR mit einer zeitweise ähnlich hohen Tonnenkilometerleistung wie im weit größeren Westdeutschland; die z. T. veraltete Sicherungs- und Signaltechnik; die der Reichsbahn zugeordneten Nebenbereiche wie Waggonbau, Gleisbau und Bahnreinigung, die bei der DB schon weitgehend ausgegliedert waren ...

Kurz darauf begann man bei der DR mit Arbeitsplatzbemessungen. Kommisionen aus dem Westen ermittelten zunächst einen „Überbestand“ von ca. 7000 Beschäftigten. Diese wurden in den sog. „Personalmehrbestand“ versetzt. Das bedeutet: mobiler Dienst und eine Herabstufung um zwei Lohn- bzw. Gehaltsgruppen. Weitere 5000 ReichsbahnerInnen gingen als Personalhilfe zur Bundesbahn, vorwiegend in die dort bisher unterbesetzten Bereiche der unge Regelten Schichtarbeit als Lokführer oder Zugbegleiter.

Durch die industrielle Abwicklung im Osten und den Konkurrenzdruck des Straßengüterverkehrs ging der Güterverkehr auf der Schiene massiv zurück. Die Gütertransportleistung der Deutschen Reichsbahn lag 1987 bei 76 Milliarden Tonnenkilometern — und damit vergleichbar hoch wie bei der Bundesbahn. 1992 waren es noch 15 Milliarden Tonnenkilometer — weniger als ein Fünftel der 1987er Leistung ... begleitet von einem kompetenten Anstieg des Straßengüterverkehrs.

Bei einer solchen Verkehrspolitik wird ein „Personalmehrbestand“ gezielt „produziert“. Mitte 1993 wurde er mit 20000 angegeben ... So kam es zur einmaligen Abfindungssoforte im Juli 93: Gestaffelt nach Dienstjahren belief sich die Angebotssumme zwischen 5000 und 20000 Mark. Wenn man bedenkt, daß eine oder ein 45-jährige(r) EisenbahnerIn mit einer eisenbahn spezifischen Ausbildung wohl kaum noch eine Chance auf dem ... Arbeitsmarkt hat, so ist das Angebot nicht gerade üppig.

Von den 23 000 MitarbeiterInnen, die zum 1. 1. 94 freiwillig gehen werden, verlassen viele ... Planstellen, die für den Betrieb unabdingbar besetzt sein müssen. Schon jetzt fallen im Güterverkehr mangels Lokführern Züge aus ...

Weder deutsch-nationale Großmacht noch Euro-Supermacht

Von Ernst-Christoph Stolper

Nur rund 30 km trennen die Delegierten von Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf ihrer Europa-Bundesversammlung in Aachen von jenem denkwürdigen niederländischen Ort Maastricht, der als Geburtsort der Europäischen Union (EU) zweifelhafte Bekanntheit erlangt hat. Politisch allerdings liegen Welten zwischen den Positionen im verabschiedeten grünen Europawahlprogramm und den Vorstellungen der seinerzeit in Maastricht versammelten europäischen Regierungen.

Unbeirrt von den Auseinandersetzungen um die Europa-kritischen Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber bekämpften die Grünen ihr Eintreten für ein Europa der Regionen als Alternative zu Nationalstaat wie auch europäischem Superstaat. Die Notwendigkeit der politischen Integration Europas stellt bei den Grünen heute niemand mehr in Frage. Geblieben ist die radikale Kritik an der Politik der EG bzw. EU — eingekommen ist die Forderung nach gesamteuropäischer Integration. Gerade hier, so die Grünen, versagt die Politik der EG/EU und führt mit dem Maastrichter Vertrag nach dem Motto „Weiter so“ in die Sackgasse.

SpitzenkandidatInnen der ebenfalls in Aachen aufgestellten Liste zur Europawahl sind die bisherige Europa-Abgeordnete Claudia Roth und der sächsische Bundestagsabgeordnete Wolfgang Ullmann.

Widerstand regte sich bei den Grünen vor allem hinsichtlich der mit dem Maastrichter Vertrag neu eingeführten Gemeinsamen Innen- und Justizpolitik sowie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Bei der einen wird die Gefahr einer „Festung Europa“ mit unkontrollierten Sicherheitsapparaten und Abschottung der EG-Außengrenzen gesehen, die andere führt mit der Verbindung zwischen dem Militärbündnis WEU und der Europäischen Union auf den Irrweg einer „Supermacht Europa“. Schwerpunkt der EG-Zuständigkeiten soll nach grüner Auffassung stattdessen der Komplex Wirtschaft, Ökologie und Soziales sein — allerdings nicht im Sinne der bisher mit dem Binnenmarkt-Konzept verbundenen Deregulierungspolitik, sondern im Sinne einer Politik des sozialen und ökologischen Umbaus. Aus dem Wettbewerb „nach unten“ durch Beseitigung von sozialen und

ökologischen Schutzvorschriften soll ein Wettbewerb „nach oben“ auf der Basis von verbindlichen Mindeststandards durch die Möglichkeit zur Festlegung höherer Standards durch einzelne Länder und Regionen werden.

Die vieldiskutierte Demokratisierung der EG beinhaltet aus grüner Sicht nicht nur die Stärkung des Europäischen Parlaments (z.B. durch Wahlrecht für die Kommission und vollständiges Haushaltungsrecht), sondern auch die verstärkte Kontrolle der Bundesregierung und ihres Abstimmungsverhaltens im Ministerrat durch den Bundestag. Gerade einen Monat zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht in seiner — auch von vier grünen EuropaparlamentarierInnen veranlaßten — Maastricht-Entscheidung festgestellt, daß durch die europäische Integration keine demokratiefreien Räume entstehen dürfen. Die demokratische Kontrolle müsse demnach vor allem durch die nationalen Parlamente ausgeübt werden — mit steigendem Integrationsgrad zunehmend durch das Europäische Parlament. Auch der Bundestag wird deshalb wohl eine Bühne grüner Europapolitik, zumal die Grünen ihre Vorstellung eines Europas der Regionen nationalstaatliche Kompetenzen nach oben (an die EG) und nach unten (an die Bundesländer und Kommunen) verlagern wollen.

Mit ihrem Europawahlprogramm zeichnen die Grünen einen Weg jenseits der fatalen Alternative Rückfall in deutschnationale Politik oder aber Einbindung in einen europäischen Superstaat. So formuliert das in Aachen beschlossene Programm: „Zwischen einer nationalen Großmachtpolitik Deutschlands und einer westeuropäischen Supermachtpolitik besteht nur zum Schein ein Gegensatz: In Wirklichkeit — und dies ist viel gefährlicher — dient die EG- und WEU-Integration als Instrument und zum Sprungbrett für nationale Ambitionen in westeuropäischem Gewande. Wir treten ein für eine Außenpolitik der Selbstbeschränkung und Selbsteinbindung, die sich von den Kategorien des nationalen Interesses löst und stattdessen Abrüstung, Dialog und Kooperation in den Vordergrund einer europaverträglichen Politik stellt.“

(Ernst-Christoph Stolper ist Sprecher der LAG Europa, Frieden & Außenpolitik von Bündnis 90/DIE GRÜNEN NRW)

Grundrechte verteidigen — Flüchtlinge schützen — Rassismus bekämpfen!



Veranstaltung zur Reichspogromnacht in Köln 1992

Bild:
af/mz

Das Forum der Neuen Europäischen Linken

Von Sylvia-Yvonne Kaufmann

Vorbemerkung: Im Bericht über die Tagung der AG der PDS/LL der westlichen Bundesländer zu den Europawahlen in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift war auf eine Tagung des „Forum der Neuen Europäischen Linken“ im kommenden Monat in Madrid hingewiesen worden. Die Redaktion bat Sylvia-Yvonne Kaufmann um einen Bericht über dieses Forum.

Das Forum der Neuen Europäischen Linken trat erstmals vom 8. bis 10. November 1991 auf Einladung der vereinigten Linken Spaniens in Madrid zusammen. Die dort vertretenen Parteien und Organisationen betrachten sich bis heute als Mitglieder dieses losen westeuropäischen Diskussionszusammenschlags. Dies sind neben den Gastgebern: der Linksbund Finnlands, die Sozialistische Volkspartei Dänemarks, Groen Links (Niederlande), die Sozialistische Linkspartei (Norwegen), Democratic Left (Irland), die PDS (Italien), die Koalition der Linken und des Fortschritts (Griechenland) und die Linkspartei (Schweden).

Diese Parteien formulierten folgende Ziele ihrer Zusammenarbeit:

- Dialog zwischen allen Parteien und Organisationen der Linken in Europa, im Europaparlament;
- Zusammenfassung der Forderungen

zum Schutz und zur Regenerierung der Umwelt in einer Weise, die die gesamte bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Konsumgesellschaften in Frage stellt;

- Entwicklung neuer Organisationsformen, die über das traditionelle Parteiverständnis hinausgehen, die mehr Demokratie und eine aktive Rolle von Frauen und Jugendlichen auf allen Ebenen ermöglichen;

— ein höheres Maß an Zusammenarbeit der Linken auf gesamteuropäischer Ebene, um den neuen Herausforderungen der Entwicklung Europas gerecht zu werden.

Das Forum tritt in der Regel zweimal jährlich zusammen. Bisher fanden Treffen im Juni 1992 in Helsinki, im November 1992 in Athen, im Februar 1993 in Madrid und im Juni 1993 in Kopenhagen statt. Die nächste Zusammenkunft ist für den 10. bis 12. Dezember dieses Jahres nach Barcelona einberufen worden.

Die PDS nahm an den Tagungen von Athen und Madrid auf Einladung der Koalition der Linken und des Fortschritts bzw. der Vereinigten Linken Spaniens teil.

Das Treffen in Barcelona wird u.a. dem Ziel dienen, eine gemeinsame Position europäischer Linkskräfte im Vorfeld der Europawahlen zu diskutieren und zur Zusammenarbeit der Linken

über Europa hinaus Meinungen auszutauschen. Deshalb sind zu dieser Begegnung zusätzlich zu den Teilnehmern des Forums Delegationen der Fraktionen der Sozialisten und der Koalition der Linken im Europaparlament, die Pan-europäische Föderation der Grünen, die Demokratische Linke und die Organisation „Socialist Society“ aus Großbritannien, das linke alternative Netzwerk „agor“ der Generalsekretär der Nordischen Liga sowie aus Osteuropa die Sozialdemokratische Partei Sloweniens, die Ungarische Sozialistische Partei, die Sozialdemokratie der Republik Polen, die Demokratische Linke der Slowakei und die Litauische Demokratische Partei der Arbeit eingeladen worden. Die Zusammenarbeit über Europa hinaus soll mit wichtigen Vertretern des „Forums von São Paulo“, einem Diskussionszusammenhang innerhalb der lateinamerikanischen Linken — der Partei der Werktautigen Brasiliens, der Revolutionär-Demokratischen Partei Mexikos, der Front „Farabundo Martí“ El Salvador und der Sandinistischen Front Nicaraguas — erörtert werden.

Die PDS nimmt an dieser Begegnung wiederum teil.

(Sylvia-Yvonne Kaufmann ist stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende und Beobachterin im Europaparlament für die neuen Bundesländer)

DKP-Parteitag

Dokumente zu den Wahlen 1994

Zur Bundestagswahl im Herbst 1994

Die DKP nimmt — wie im Januar 1993 in Mannheim beschlossen — an den Wahlen zum Deutschen Bundestag teil. In den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes steht die DKP:

- die Unterstützung und Initiierung von Bewegungen gegen den Abbau sozialer Standards und Rechte, für die Tarifautonomie und Reallohnabsicherung, betrieblicher und gewerkschaftlicher Gegenwehraktionen;
- die Unterstützung und Initiierung von Bewegungen gegen weltweite Bundeswehreinsätze, für Frieden und Abrüstung;
- die Unterstützung und Initiierung von Bewegungen gegen die umfassende Rechtsentwicklung und konsequente Kampf gegen Nationalismus, Rassismus und Neofaschismus;
- Erreichung dieser Ziele ist es aus der DKP notwendig, wahlpolitisch im Herbst 1994 alle Kräfte zu bündeln,

die bereit sind, im Rahmen der PDS Offenen Liste für diese Ziele einzutreten. Darüber hinaus geht es uns um breitestmögliche Bündnisse aller Kräfte im außerparlamentarischen Kampf.

Bei der Bundestagswahl geht es uns darum, daß

- die PDS im Bundestag bleibt;
- der Einzug von Neonazis verhindert wird;
- die Bonner Rechtsregierung abgelöst wird;
- die Positionen der DKP im Wahlkampf verbreitet werden.

Die DKP führt auf der Basis ihrer Wahlplattform einen eigenständigen Wahlkampf. Sie nutzt den Wahlkampf für die Stärkung der DKP.

Bei der Kandidatur von DKP-Mitgliedern auf den offenen Listen der PDS gehen wir davon aus, daß Übereinstimmung über die Hauptaussagen zu den Wahlen erreicht und der eigenständige Beitrag der DKP zur Erreichung gemeinsamer Ziele respektiert wird sowie DKP-Mitglieder auf den Listen der PDS berücksichtigt werden, die vom Ver-

trauen ihrer Partei getragen sind. Dabei geht es auch um die Berücksichtigung eines profilierten DKP-Mitglieds auf einem aussichtsreichen Platz einer Landesliste in den neuen Bundesländern.

Der Parteivorstand der DKP beschließt nach Absprache mit den Bezirksorganisationen im Frühjahr 1994, ob die oben genannten Kriterien erfüllt sind. Sollten die Ergebnisse als nicht tragfähig befunden werden, beteiligt sich die DKP überall dort, wo es möglich ist, mit offenen Landeslisten und DirektkandidatInnen und Direktkandidaten an den Bundestagswahlen.

Für die Teilnahme der DKP an den Wahlkämpfen

Mit einer Teilnahme an den Wahlkämpfen will die DKP einen Beitrag zur Bekämpfung der Rechtsentwicklung und zur Stärkung der demokratischen und Linkskräfte leisten. Wir wollen die DKP stärken, eine Beteiligung möglichst vieler Mitglieder an den Wahlkämpfen erreichen und zur Entwicklung eines eigenen Wählerpotentials beitragen.

Die DKP wird gegen die Großmachtpolitik von Kapital und Kabinett Front machen. Wir werden aktiv für die Verteidigung der bestehenden demokratischen und sozialen Rechte, für die Durchsetzung gleicher sozialer Verhältnisse und Bedingungen in Deutschland eintreten.

Die DKP will in diesen Wahlkämpfen deutlich machen, daß das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nicht in der Lage ist, den politischen, sozialen, demokratischen, ökologischen und Friedensinteressen der Mehrheit der Bevölkerung gerecht zu werden.

Die DKP greift aktiv in alle Wahlkämpfe ein. Wir nutzen die Wahlkämpfe für die Entfaltung außerparlamentarischer Aktionen und dazu, Kommunistinnen und Kommunisten in die Parlamente zu bringen. Das kann sowohl in Form einer Eigenkandidatur als auch in Form eines Zusammengehangs mit anderen politischen Kräften geschehen.

Die DKP hat sich um ein gleichberechtigtes Wahlbündnis bei den zentralen Wahlen 1994 bemüht. Das ist nicht zustandegekommen. Die DKP bleibt weiter bemüht, ein Zusammenspiel verschiedener linker Kräfte in der bevorstehenden Wahlserie zu erreichen.

Zur Europawahl am 12. Juni 1994

Die DKP nimmt — wie im Januar 1993 in Mannheim beschlossen — an den Wahlen zum Europäischen Parlament teil.

Die DKP wird ihre Vorstellungen für ein Europa der arbeitenden Menschen darlegen.

Mit ihrer Kandidatur will die DKP dazu beitragen, die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien Europas zu

verstärken und insbesondere ihrem Kampf gegen die Verträge von Maastricht und deren Auswirkungen, die allein den Großkonzernen nutzen, weitere Überzeugungskraft und Durchsetzungsfähigkeit verleihen.

Als Partei des Antifaschismus will die DKP Initiativen gegen Neofaschismus und Rassismus befördern.

Die DKP kandidiert zu den Europawahlen 1994 mit einer offenen Bundesliste, auf der Nichtmitglieder berücksichtigt werden und die auch der Tatsache Rechnung trägt, daß in der Bundesrepublik Deutschland lebende EG-BürgerInnen und EG-Bürger aktives und passives Wahlrecht erhalten.

Gleichzeitig wird der Parteivorstand der DKP beauftragt, der PDS inhaltliche und personelle Vorschläge für eine Beteiligung und Unterstützung der PDS-Liste zu unterbreiten und nach Verabschiedung des PDS-Wahlprogrammes und der Aufstellung der PDS-Bundesliste im März erneut über das Eingreifen der DKP zu beraten. Falls mit den KandidatInnen und Kandidaten der offenen Liste der PDS und dem Wahlprogramm ein Beitrag zur Zusammenarbeit der Linkskräfte gegen das Europa der Monopole geleistet wird, dann ist die DKP bereit, ihre eigene Liste zurückzuziehen.

Quelle: Presseerklärungen der DKP nach ihrem Parteitag am 13. November in Gladbeck

Literatur in niederländischer Sprache

Zur Sonderausstellung auf der Frankfurter Buchmesse

HUGO CLAUS

Der Kummer von Flandern

Hugo Claus, der Autor des Romans „Der Kummer von Flandern“, wurde 1929 in Brügge geboren.

Er ist äußerst vielseitig tätig: als Lyriker, Prosaautor, Film- und Theaterregisseur und als Maler in der neoexpressionistischen Gruppe „Cobra“.

In „Kummer von Flandern“ wird der Leser geradezu überschützt mit Bruchstücken der belgischen Geschichte und Kultur, die das katholische flämische Kleinbürgertum prägen. Der Roman spielt zwischen 1939 und 1948, umfaßt also auch die Zeit der deutschen Besatzung. Gebrochen durch die Eindrücke der Hauptfigur, des zu Beginn 10-jährigen Louis Seynaeve, vermittelt sich dem Leser ein „Sittengemälde“ dieser Zeit.

Louis wächst in einer belgischen Kleinstadt heran. Er besucht zunächst ein von Nonnen geleitetes Internat. Mit Freunden zusammen bildet er einen Geheimbund von Aposteln, Ersatz für fehlende familiäre Wärme, Widerstandsbund gegen die Herrschaft der strengen Nonnen und Adresse für Louis übersprudelnde Phantasie.

Hugo Claus setzt sich hier auf recht ungewöhnliche Weise mit dem Katholizismus auseinander.

Umstandslos setzt er gleichberechtigt mythische Figuren und Sagen und Regeln und Figuren der katholischen Kirche nebeneinander bzw. vermischte sie in Louis Phantasie.

Louis leidet darunter, daß seine geliebte Mutter ihm nicht genügend Aufmerksamkeit widmet. Er erfindet Geschichten, um sich und den anderen ihre Abwesenheit bei Besuchstagen zu begründen.

Der Vater ist Besitzer einer Druckerei. Er ist nationalbewußter Flaneur, ebenso wie der Rest der recht großen Familie — Louis Onkel und Tanten, Großmutter und Großvater.

Ergebnisse des Eroberungsfeldzugs der Deutschen berühren die Familie faktisch kaum. Sie gehen als Kommentierungen der verschiedenen Familienmitglieder in Louis Weltbild ein. Der Krieg verliert im Bewußtsein dieser Familie alle Grausamkeit. Dabei ist interessant, wie die Volk- und Rasseideologie der deutschen Nationalsozialisten sich mit Ideologie und Werten der kleinstadtlichen Flamen verbindet. Kollaboration während der Besatzungszeit erlaubt der Familie, ziemlich gut zu leben, und ergibt sich fast reibungslos aus ihrem „Germanenstolz“ und Franzosenhaft.

Die Darstellung der Kollaboration ist wohl auch ein Grund, weshalb dieser Roman, als er 1983 erschien, in Belgien ziemlich umstritten war.

Auch Louis wird zunächst gefangen genommen von dem hero-

ischen Eindruck, den die sendungsbewußten deutschen Soldaten auf ihn machen. Er wird Mitglied der NSJV (Nationale Socialistische Jeugd Vlaanderen), die auf Befehl der deutschen Besatzung im Juli 1941 die verschiedenen nationalsozialistischen Jugendorganisationen Flanderns zusammenfaßte. Doch kann ihn diese Organisation nicht lange fesseln. Dazu ist er zu sehr anarchistisch und saugt Bücher, auch verbogene Bücher, zu sehr in sich auf. Louis wird Schriftsteller.

Das Nachwort der studio dtv Ausgabe, das, als Vorwort gelesen, das Verständnis des Buches wesentlich erleichtert, geht u.a. darauf ein, daß Hugo Claus viel Autobiografisches in diesen Roman aufgenommen hat.

Hugo Claus, Der Kummer von Flandern, studio dtv, München 1991, 668 S., DM 24,80 — (udi)

CEES NOOTEBOOM

Niederländische Berge

Cees Nooteboom wurde 1933 in Den Haag geboren. In seinem kurzen Roman „In den niederländischen Bergen“ verarbeitet er auf seine Art das Märchen „Die Schneekönigin“ von Hans Christian Andersen.

Er bricht die Geschichte von dem unschuldigen Liebespaar, das durch eine eiskalte Frau getrennt wird und sich am Ende wiederfindet, in Stückchen, die er durch Zwischenteile neu verbindet. Er schweift ab, um über die Rolle des Autors gegenüber den von ihm erfundenen Personen nachzudenken, um die verschiedenen Arbeitsgänge klarzumachen, die aus einem Stück Wirklichkeit ein Stück Literatur machen.

Er selber schlüpft in die Geschichte hinein, indem er einen spanischen Straßenbauingenieur die Erlebnisse des Paares erzählen läßt. Er schreibt, im Sommerurlaub in seiner alten Schule in Zaragoza sitzend.

So gewinnt Nooteboom in der Gestalt seines Ich-Erzählers Distanz zu den Niederlanden, zu denen er einen Phantasieteil hinzufügt, nämlich ein südliches Gebirgsland hinter hohen Pässen, wo die Menschen nicht untartig sind und gegen die Ordnung des flachen Nordens rebellieren.

Dieser Ingenieur läßt einen Teil seiner Gedankengänge von Anna, einer Art guten Fee, in der Geschichte wiedergeben. Normalerweise denken Feen in Märchen nicht.

So wird die Kritik des Märchens im Märchen möglich: „Das Angenehme an Märchen ist, dachte Anna, die in diesem Augenblick nach dem Andersen-Gesetz hätte explodieren müssen, daß alles, im Gegensatz zur Wirklichkeit, vom Ende diktiert wird. Dadurch erhält man nicht nur einen einfacheren Charakter

als gewöhnliche Leute, man braucht sich auch nicht an der zähen Logik zu stören, die den Hauptpersonen eines Romans das Leben so schwer macht. Das erspart viel Zweifeln und mißtiges Grübeln.“

Auf einer anderen Ebene setzt sich der Spanier mit den Verfassern von Märchen und Mythen auseinander. Er redet im Schulzimmer mit den Schatten u.a. von Andersen und Platon, das Bild von den ursprünglich zweigeschlechtlichen Menschen erfunden hat, die in zwei Teile gespalten wurden und seitdem ihre andere Hälfte suchen.

Der Spanier argumentiert, Märchen seien geschlossene Systeme: „Der Brunnen war tief, darum war das Seil auch lang.“ Es stimmt immer alles, ein Dichter ist da nicht vornötig.“ Ein Dichter ist nach seiner Auffassung nötig, um Wahlmöglichkeiten zu schaffen, die die Personen im Märchen nicht haben. Die Entscheidungen, was ins Buch kommt und was nicht und wie es endet, hat der Schriftsteller zu treffen.

Wie ein Zauberkünstler, der dem Publikum seine Tricks erklärt, so soll der Schriftsteller seine Leser einbeziehen und disillusionieren. „So etwas untergräbt die Glaubensbereitschaft, verdorben den Genuß.“

Da der Schriftsteller seine Methode offenlegt, kann mit ihm diskutiert, können seine Schritte angezweifelt werden. Indem Nooteboom alle diese Ebenen der Reflexion nutzt, schafft er eine ironische Distanz zu seinem Thema — vollkommene Schönheit und vollkommenes Glück — und zu den Verhältnissen in den Niederlanden.

Der Erzähler führt eine komische Diskussion mit den Schatten: „Die Wirklichkeit ist nur ein Schatten“, sagt Platon. „Wir Spanier könnten noch nie gut mit der Wirklichkeit umgehen“, sagt d'Ors. „Wirklichkeit ist eher etwas für Niederländer“, murmele ich, doch Platon weiß nicht, was Niederländer sind, und die anderen ... sagen nichts dazu.“

Cees Nooteboom, In den niederländischen Bergen, Suhrkamp Taschenbuch 2253, Frankfurt/Main 1993 — (anl)

HARRY MULISCH

Das Attentat

1982 erscheint in Amsterdam der in 16 Sprachen übersetzte Roman „Das Attentat“ des niederländischen Schriftstellers Harry Mulisch.

„Harry Mulisch, geboren am 29. Juli 1927 in Haarlem, ist der Sohn eines ehemaligen Offiziers aus Österreich-Ungarn, der im Zweiten Weltkrieg mit den deutschen Besatzern kollaborierte, und einer Jüdin aus Frankfurt ... 1961 war Harry Mulisch Berichterstatter vom Eichmann-Prozeß in Jerusalem ...“ (aus der Kurz-Biographie des Verlags).

In diesem Jahr war die Sonderausstellung der Buchmesse in Frankfurt am Main der Literatur und dem Buchwesen in den Niederlanden und in Flandern gewidmet. Wir wollen hier nicht diskutieren, ob dies der Versuch der Messeleitung war, bestehende Grenzen zwischen europäischen Ländern zu übergehen durch die Auswahl eines Gebietes, in dem mit Unterschieden, die nur den Charakter von Dialektik haben, die gleiche Sprache gesprochen wird.

Das Niederländische ist offiziell Kultursprache in den Niederlanden, in Belgien, Surinam und den Niederländischen Antillen. In den Niederlanden ist erst im Januar 1993 das Niederländische gesetzlich zur Verwaltungssprache erklärt worden und das Friesische zur zweiten Verwal-



Oben: Umschlagillustration der deutschen Ausgabe von Hugo Claus' *Het verdriet van België (Der Kummer von Flandern)* (im Verlag Klett-Cotta)

Links: Titelseite der sogenannten Statenbijbel, die 1637 als erste Bibel in niederländischer Sprache in Leiden gedruckt wurde.

tungssprache. In Belgien, das seit 1830 von den Niederlanden unabhängig ist, gilt Sprachfreiheit nach der Verfassung. Heute ist Niederländisch die offizielle Sprache Flanderns, also des belgischen Nordens, entsprechend Französisch in Wallonien im belgischen Süden. 1980 schlossen die niederländische und die belgische Regierung diesen Sprachvertrag. Holländisch ist keine gesonderte Sprache, sondern die Form des Niederländischen der Niederlande gesprochen wird.

Durch die besondere Funktion dieser Literatur auf der Buchmesse ist wenigstens eine ganze Anzahl von Werken auf Niederländisch schreibender Autorinnen und Autoren ins Deutsche übersetzt worden oder endlich als Taschenbuch erschienen, so

dass man diese Literatur kennenlernen kann.

Wir wollen zur Anregung einige Texte vorstellen. Sie umfassen nicht die Vielfalt der niederländischen Literatur. Die etwas älteren Autoren Hugo Claus, Cees Nooteboom und Harry Mulisch, die die politische Entwicklung in den Niederlanden und in Belgien seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom deutschen Faschismus reflektiert haben, bieten Erzählungen und Romane, in denen sich ihre Teilnahme an den gesellschaftlichen Veränderungen niederschlägt. Von den jüngeren Autorinnen befaßt sich Marion Bloem mit dem niederländischen Kolonialismus. Margriet de Moor studierte Musik und Kunst und schreibt erst seit einigen Jahren. — (anl)

„Rückenansicht“ heißt das Bändchen, weil viele Erkenntnisse vermittelt passieren. Zum Beispiel, daß sich die Abiturientin Sonja an ihre Mutter zurückerinnert, die wegen ihrer Alkoholkrankheit verachtet wurde.

Während Drahtzieher und Kollaborateure der faschistischen Besatzungszeit längst wieder in Ämtern und Würden sind, werden die Opfer des Faschismus damit nicht fertig. Auch die, die Widerstand leisteten, stehen am Rand der Nachkriegsgesellschaft.

Der Roman ist äußerst spannend geschrieben und nähert sich der Problematik von Täter und Opfer auf sensible und sehr persönliche Weise.

Harry Mulisch, Das Attentat, rororo 1993, 189 S., DM 8,90 — (udi)

MARGRIET DE MOOR

„Rückenansicht“ Erzählungen

In sieben Erzählungen zeichnet Margriet de Moor menschliche Leidenssituationen: das Leben einer Frau, das in der Betreuung ihres senilen Ehemannes besteht; eine junge Frau, die sich aus der Abhängigkeit ihres Liebhabers löst; Einsamkeit; Beginn des Alters; eine Frau, die die Auswanderung aus den Niederlanden nicht verkraftet hat ...

Die Dimension Zeit ist bei den Geschichten wichtig: Es gibt kein „Zu spät“. Menschen können neu anfangen oder Schlüsse machen mit Situationen, die sie quälten.

So werden Schlüsselerlebnisse und Erkenntnisse zu Fortschritten.

Oft ist dazu nötig, daß ihnen Ereignisse in ihrer Vergangenheit bewußt werden — sei es durch Erinnerung oder durch das Zusammentreffen mit Personen ihres früheren Lebens.

Margriet de Moors Hauptpersonen geben sich nicht zufrieden mit eingefahrenen Lebenssituationen, unter denen sie leiden. Sie handeln, sie suchen nach Erklärungen und nach Auflösungen für ihre Rätsel und für ihre Probleme.

Margriet de Moor, Rückenansicht — Erzählungen, München, dtv, 170 S., DM 11,90 — (rst)